

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon 13693.** — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4596**

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonellsseite oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonellsseite 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721** Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Die Reichszerstörer in Bayern an der Arbeit.

München, 25. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Immer mehr verstärkt sich die Bewegung nach Lostrennung Bayerns vom Reich. Nicht so sehr in den Volksmassen, als in den geheimen politischen und wirtschaftlichen Konzentrischen, wo die Fäden zwischen den bayrischen und den französischen Monarchisten gesponnen werden. Mit der Veröffentlichung der Denkschrift des ehemaligen Kronprinzen Ruprecht sind es an, nachdem ein Jahr lang scheinbar Ruhe geherrscht hatte. Der Denkschrift folgte die Wittelsbacher Demonstration anlässlich der Zusammenkunft der bayrischen Leibregimentvereinigungen, zu der, entgegen den faulen Dementis der reaktionären Presse, auch der Erz-König Ludwig erschienen war. Nunmehr teilt die Allschaffenburg-Blätter mit, daß in der nächsten Zeit Millionen französischer Franken in Bayern die Agitation für eine bayrisch-wittelsbacher Monarchie und damit eine Postrennung Bayerns vom Reich zu fördern sollen. Bereits seien in Mainz und in der Pfalz eigene Stellen eingerichtet worden. Im Münchener Ringhotel hätten Verhandlungen stattgefunden, bei denen Milliardenangebote gemacht worden seien. Die deutsche Telegrapheninformation des deutschnationalen Herrn Zurlin in München unterhält die Führungen zu den bayrischen Reichszerstörern und zu den französischen Stellen des besetzten Gebiets. Beteiligt sei auch der streng katholische Baron Kramer-Klotz, der seinerzeit die Augsburg-Münchener Maschinenfabrik erworben hat und damit Stimmes zuvorgekommen ist. Der von der deutschen Telegraphen-Information gegen die Allschaffenburg-Blätter angelegte Prozeß wird weitere Einzelheiten bringen.

### Neue Polizeischikane.

München, 25. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Da der USP. in München jede Möglichkeit sucht, mit ihren Mitgliedern und Wählern in Verbindung zu kommen, wolle sie in der Form eines Plakates den Hegerien gegen das Reich entgegenzutreten, die anlässlich der Teuerung von den bayrischen Antifeministen und Reaktionen in Szene gesetzt werden. Das Plakat enthält lediglich Feststellungen über die Wuchererei der Großbauern und der Agrarier überhaupt und war so gemäßig, wie nur möglich gehalten. Trotzdem hat es der Münchener Polizeigewaltige Poehner verboten, während die ausreisenden Plakate der Akerikalen und Hakenkreuzler ungehindert angeschlagen werden.

### Abbruch der Verhandlungen über den deutsch-amerikanischen Friedensvertrag.

Washington, 25. August. (Neuer.) Präsident Harding hofft, daß die Ratifikation des deutsch-amerikanischen Vertrags baldigst erfolgen wird. Er hält es für wünschenswert, daß der deutsche Reichstag und der amerikanische Senat den Vertrag gleichzeitig beraten. Deshalb wird der Senat nicht aufgefordert werden, auf seine Ferien zu verzichten. Er wird am 20. September wieder zusammentreten. In der amtlichen Erklärung des Reichens wird betont, daß der Vertrag nur ein vorläufiger Friedensvertrag sei, auf dessen Ratifikation ein Freundschafts- und Handelsvertrag folgen werde. Ferner wird mitgeteilt, daß mit Deutschland vereinbart worden sei, den Text nicht zu veröffentlichen, bevor der amerikanische Geschäftsträger in Berlin Dreifel und Minister des Neuen Dr. Kohn den Vertrag unterzeichnet haben. Der Text werde gleichzeitig in Berlin und Washington veröffentlicht. Wie verlautet, ist der Vertrag ein verhältnismäßig kurzes Dokument.

### Deutsch-englisch-russische Handelsbesprechungen?

Berlin, 25. August. (ZL) Nach einer Meldung des Berliner Lokal-Anzeigers wird Krasin in den nächsten Tagen in Berlin eintreffen. Nach den Informationen des Berliner Lokal-Anzeigers dürften dann hier mit ihm Engländer und auch Deutsche einsehend verhandeln. Wie verlautet, sollen bereits demnächst zwischen deutschen und englischen Wirtschaftlern und Vertretern der Sowjetregierung persönliche Verhandlungen beginnen.

### Ein neuer Entwurf für das Parteiprogramm der SPD.

Berlin, 25. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts veröffentlicht einen veränderten Programmtext und teilt mit, daß die Programm-Kommission noch einmal den ganzen Fragenkomplex durchberaten habe. An der Spitze heißt es jetzt: „Die sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie hat zur Grundlage ihrer Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten für die wirtschaftliche, politische und kulturelle Hebung. Sie erstrebt die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes. Die sozialdemokratische Partei sieht als ihre erste Verpflichtung an, das Proletariat freizumachen für seine Aufgabe in der sozialistischen Gesellschaft.“

Eine kritische Würdigung des neuen Entwurfs ist erst möglich, wenn er im Wortlaut vorliegt. Jedenfalls ist es für die Pro-

gramm-Kommission recht blamabel, daß sie ihren ersten Entwurf zurückziehen mußte, ehe er auf dem Parteitag besprochen werden konnte.

### Wiederaufnahme des Kampfes um die Moskauer Thesen in Jena.

Jena, 25. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Schluß der politischen Debatte, des Kampfes um die Moskauer Thesen, am Mittwoch vormittag war verfrüht. Die Forderung des Sprechers der Redaktionskommission, daß ihr Berichterstattungsvorhaben debattelos und einstimmig angenommen werden würde, verfehlt. Als gegen Ende der Nachmittags-Sitzung die Resolution gedruckt vorlag und die Linke den Schaden besah, ging sie hoch. Der unerschrockene Hamburger Thälmann vermaßte das Kletterprodukt nach allen Regeln der Kunst. Die Linke will auf ihren starken Protest gegen Trozki und anderes mehr nicht verzichten. Resigniert mußte der Vorsitzende am Schluß feststellen, daß der Parteitag die Debatte am Donnerstag wieder eröffnen werde. Zwischen durch hatte man den Geschäftsbericht der Zentrale erledigt, der an der durch die Sachlichkeit eines kommunistischen Provinzialblattes als Schwindel enthüllten Mitgliederzahl von 350 000 festhielt. Aus der Erörterung ist der Widerspruch zweier, allerdings des Leninismus verdächtiger Redner gegen die Behauptung der Zentralsekretäre Pieck und Eberlein, daß die Märzaktion die Organisation gestärkt habe, zu vermerken. Die Beschwerdef Kommission legte eine einstimmig angenommene Resolution vor, die zur Sparsamkeit und Einnahmesteigerung mahnt. Moskau scheint seine Zuschüsse einschränken oder in einiger Zeit einstellen zu wollen. Man bereitet auf eine Einstellung von Organen und Institutionen vor, die sich nicht selbst erhalten können.

Stoedter hielt dann ein mehr ausführliches als inhaltsreiches Referat über die nächsten Aufgaben. Er gab ein nichts Neues enthaltendes Bild der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Partei soll vor allem im Kampf um die Lohnerhöhungen an der Spitze sein und außerdem ein Steuerprogramm vertreten, das durchaus von der USP. abgelehnt ist, nur daß man es entsprechend verdarb, zum Unbrauchbaren. Mehr als die Hälfte des Kapitals soll bei der Erfassung der Goldwerte dem Reich zufallen. Daneben soll die Inzahlung der Staatsschulden eingeleitet werden. Außerdem wird Aufwandssteuer und Freilassung aller Einkommen bis 24 000 Mark und Vermögen bis 100 000 Mark gefordert. Die Diskussion zeigte, daß die Erfassung der Goldwerte von der Linken als verdächtiger Staatskapitalismus abgelehnt wird. Die Erörterung der Donnerstag-Sitzung wird werden. Aus dem verfrühten Schlußwort Meyers zur politischen Debatte ist noch bemerkenswert, daß er die Einigkeit der Partei feierte, die sich in der einmütigen Annahme der Moskauer Thesen zeigte, wobei er sorgsam die sehr verschiedene Auslegung verschwieg, und in der einmütigen Billigung der Zuschüsse.

### Bekennnis zur Putschaktion.

Jena, 25. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber Nacht ist der neuaufgelassene Riß wieder verklebter worden, oder richtiger, die Linke hat den Hauptteil ihrer Forderungen an die Resolution über die Moskauer Thesen durchgesetzt. Die Redaktionskommission hat zugestimmt, daß der gegen Levi gerichtete Bannstrahl auf die ganze Sowjet-Gruppe ausgedehnt wird, und daß die kommunistische Partei, wenn sie das Proletariat nicht in einheitlicher Front in den Kampf bringen kann, die Pflicht hat, zu versuchen, selbständig große Teile der Arbeiterklasse in den Kampf zu führen. Während es vorher hieß, daß sie sie zur Aufnahme des Kampfes zu bestimmen versuchen soll. So wird die Offensivtheorie, d. h. die Putschaktion wieder proklamiert, was durch die Wendung der Resolution gegen die Kritik Trozki an der Märzaktion unterstrichen wird. Maßhahn, der die Anträge der Opposition, die gegen 12 Stimmen abgelehnt wurden, begründete, bezeichnete die Resolution sehr richtig als den Versuch, die Kritik des Weltkongresses an der Offensivtheorie zu verschleiern. Die Linke hatte den Triumph, daß diese Resolution, der sie ihr Gesicht gegeben hat, wie sich der Hamburger Thälmann befriedigt ausdrückte, gegen 7 Stimmen angenommen wurde. Die Zentrale hatte sich durch eine Erklärung Meyers schließlich unterworfen und Klara Zetkin, die ihren Protest gegen die Kritik wider Trozki und den Tadel Levis, bezw. der Sowjet-Gruppe aufrecht erhielt, unterwarf sich unter lautem Beifall der Partei, während Braß, Maßhahn, Adolf Hoffmann und andere ihre Ablehnung aufrecht erhielten. Kolaroff, der Vertreter der Exekutive, gab seinen Segen dazu.

### Der Frieden mit Oesterreich unterzeichnet.

Wien, 24. August. Im Auswärtigen Amte wurde der Friedensvertrag zwischen Oesterreich und den Vereinigten Staaten unterzeichnet.

### Die notwendige Neugestaltung der Sozialpolitik.

Von Aug. Karsten-Peine, M. d. R.

Die deutsche soziale Gesetzgebung ist buntscheckig, unübersichtlich und zerfahren wie kaum ein andres Gebiet der Gesetzgebung. Die soziale Gesetzgebung beruht zum Teil auf der Grundlage der Versicherung, zum Teil ist sie ein Gebiet der Fürsorge, teilweise aber auch aus beiden Arten zusammengesetzt. Einen einheitlichen Grundsatz im Aufbau der Versicherung finden wir nicht, ebenso fehlt ein einheitliches Prinzip in der Fürsorge.

Die maßgebenden Zweige der sozialen Versicherung (Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angehörigenversicherung) sind nur notdürftig aneinandergereiht ohne wirkliche innere Zusammenhänge und ohne einheitliche Gestaltung der Verwaltung. Die Verwaltungen der einzelnen Zweige arbeiten unabhängig voneinander, ja oft gegeneinander, ohne dem Wesen und der Methodik durchgreifender Sozialpolitik gerecht zu werden. Die einzelnen Versicherungszweige sind so verschieden, daß das Hinübergleiten der Versicherungsfälle aus der einen in die andre Versicherung (zum Beispiel von der Krankenversicherung zur Invaliden- oder Unfallversicherung, oder der Invaliden- und Unfallversicherung) teils mit erheblichen Härten und Unzulänglichkeiten verbunden ist.

Das Beitragsverfahren weist genau solche willkürliche Verschiedenheiten auf. In der Krankenversicherung leistet der Versicherungsspflichtige zwei Drittel und der Arbeitgeber ein Drittel der Beiträge; in der Unfallversicherung hat der Arbeitgeber die Beiträge allein zu leisten; in der Invalidenversicherung finden wir die Halbierung der Beiträge neben einem für jede laufende Rente gewährten Reichtumszuschuß; in der Angestelltenversicherung entfallen wiederum die Beiträge zu gleichen Teilen auf Arbeitgeber und Arbeitgeber. Innerhalb der einzelnen Versicherungszweige sind wiederum die verschiedenartigsten Gebilde und Einrichtungen zu finden. Ich denke da zum Beispiel an die Knappschaftsversicherungen, die ja jetzt verreichlicht werden sollen. Dann die Unfähigkeit in der Krankenversicherung. Da existieren die Allgemeinen Ortskrankenkassen für Stadt oder Kreis, Landkrankenkasse für Land oder Stadt, die vielen besonders Ortskrankenkassen, die Betriebs- und Innungskrankenkassen und Knappschaftskrankenkassen. Die Unfallversicherungsvereinigungen sind ebenfalls recht vielfältig. Jede Kasse und Einrichtung hat andre Beiträge. Die Umlage in der Unfallversicherung nach den Berufsarten und Betriebsgefahren abgestuft, die Krankenkassen zum Teil statt der Beitragsdrückung die Halbierung und damit Verschlebung des Einflusses der Arbeitgeber zugunsten der Arbeitnehmer. Die Verschiedenartigkeit der Leistungen und der Beiträge der einzelnen Krankenkassen um ihr übriges noch zu völligen Unübersichtlichkeit.

Das Gebiet der sozialen Fürsorge sieht nicht besser aus. Die Erwerbslosenfürsorge wird vom Reich, den Ländern, Kommunalverbänden und den Gemeinden getragen. Die Wöchnerinnenfürsorge trägt das Reich. Die Armen-, Pflege- und Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenversorgung fließt aus der Reichskasse.

Die verschiedenen Stellen sind mit Verwaltung der Fürsorge betraut. Die Erwerbslosen bekommen vom Arbeitsnachweis die Unterstützung, die Wöchnerinnenfürsorge regelt das Versicherungsamt und die Allgemeine Ortskrankenkasse, die Armen-, Pflege- und Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenversorgung sind Fürsorgestellen, Versorgungs-, Hauptversorgungs- und Reichsversorgungsämter die maßgebenden Stellen.

In der Erwerbslosenfürsorge wird ein Beirat aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern von der Behörde bestimmt, der in keinerlei Zusammenhang mit der Armenkommission oder dem Vorstände der Krankenkasse steht, ebensowenig die beiden letzteren Zweige miteinander arbeiten. Die Fürsorgestellen auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes sind wiederum von allen eben genannten getrennt zusammengesetzt und getrennt von jenen arbeitende Organe.

Die Ausbringung der Verwaltungskosten der Versicherungsbehörden (Versicherungsämter usw.) ist Sache der Kommunalverbände, der Länder und des Reiches.

Die Art der Beitragserhebung ist wiederum überall verschieden. In der Unfallversicherung besteht das Umlageverfahren. Am Schlusse jeden Geschäftsjahres wird festgestellt, welche Beiträge jeder Betrieb auf den Kopf der Beschäftigten und der gewählten Lohnsumme zu leisten hat. Die Invalidenversicherung hat feststehende laufende Wochenbeiträge, deren Bezahlung durch Marken quittiert wird, die in den Quittungsarten gelebt werden. Die Krankenkassen erheben ebenfalls Wochenbeiträge, die verschoben, in der Regel vierwöchentlich, eingezogen und durch eine einfache Quittung bescheinigt werden. In der Angestelltenversicherung ist der Monatsbeitrag eingeführt, der auf Postfach



tonio an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bezahlt und den Angestellten in der Versicherungsartikeln durch den Arbeitgeber quittiert wird.

Wie sehen nun die finanziellen Grundlagen in den einzelnen Versicherungsweigen aus? Von einer Einheitlichkeit keine Spur. Die Invaliden- und Angestelltenversicherung sind nach dem reinen Kapitaldeckungsverfahren aufgebaut. Die Beiträge werden so bemessen, daß sie nicht für die augenblicklichen Ausgaben für Renten berechnet sind, sondern zur Kapitalisierung der zu erwartenden Renten und der bestehenden Anwartschaften auf Rente. Das Prinzip ist allerdings in der Invalidenversicherung bereits sehr wesentlich durchbrochen, da die Renten erhöht wurden und damit die Kapitalien, die für die jetzt laufenden Renten bestimmt waren, nicht mehr ausreichen. In der Unfallversicherung ist die reine Kapitaldeckung nicht mehr vorhanden, sondern bis zu einem gewissen Grade finden wir hier bereits das Prinzip des Umlagebeitrags (Beitragshöhe nach den laufenden Ausgaben berechnet). Die Krankenkassen sollen die Beiträge festsetzen nach den voraussichtlichen Leistungsverpflichtungen unter Berücksichtigung der Ansammlung eines angemessenen Reservefonds.

Der Rechtsweg durch die soziale Gesetzgebung ist ein großer Irrgarten. Selbst der Instanzenzug in der Reichsversicherungsordnung ist nicht einheitlich. Ich erinnere nur an das Spruch- und Beschwerdeverfahren. Außerdem leidet er an der Unübersichtlichkeit. Der Rechtsweg der Reichsversicherungsordnung ist zusammenhanglos mit dem Rechtsweg in der Kriegsverordnung, dieser wiederum getrennt von dem Rechts- und Beschwerdeverfahren für die Erwerbslosenfürsorge. Die Angestelltenversicherung geht wiederum andere Wege. Und das Armenrecht schleicht sich in völlig veralteten Bahnen.

Wohin wir sehen, überall finden wir Verschiedenartigkeit! Nur eines ist überall zu finden: die Unzulänglichkeit der Leistungen! Die Unzulänglichkeit ist typisch in der ganzen deutschen Sozialpolitik, mag es die Versicherung oder die Fürsorge sein. Die so berühmte „gemachte“ deutsche Sozialgesetzgebung ist vor dem Kriege bereits unzulänglich gewesen, durch die Folgen des kapitalistischen Völkermordens ist sie auf dem besten Wege zu verfallen, und die Fürsorge, hauptsächlich ein Kriegserfind, entspricht keineswegs den berechtigten Wünschen und Erfordernissen der schweren Zeit. Besinnt sich die Gesetzgebung nicht bald darauf, andre Wege und einheitliche Grundlagen in der Sozialpolitik zu schaffen, so wird in absehbarer Zeit das Durcheinander auch für den Sozialpolitiker unentwirrbar sein und, was weit schlimmer ist, die realen Leistungen der Sozialpolitik müssen weiter immer mehr sinken.

Eindringlicher denn je wird die Notwendigkeit empfunden, Einheitlichkeit in den Leistungen, in den Beiträgen, wie auch in der Verwaltung und im Rechtsweg zu schaffen.

Die Differenzierung zwischen Versicherung und Fürsorge muß beseitigt werden. Es ist durchaus möglich, der sozialen Hilfe einen einheitlichen Aufbau zu geben.

## Heerchau der Reaktion.

Die reaktionären Schichten erheben in Deutschland mit jedem Tage frecher ihr Haupt und tun, als sei die Zeit nahe, wo sie in Deutschland wieder regieren werden. Die Kriegsverbrecher und Hochverräter stolzieren in Deutschland umher, halten Reden, worin sie die Republik und die ihnen verhafteten Regierungsmänner nach Noten herunterreißen und die ihr dienbare, im agrarischen und kapitalistischen Sold stehende Presse spendet ihnen Beifall und unterstützt ihre Bestrebungen aufs lebhafteste. Die Reichsregierung aber läßt sie gewähren und bringt die Republik so immer mehr in Gefahr.

Wie stark sich die Reaktionäre fühlen, von denen der größte Teil hinter Schloß und Riegel sitzen müßte, zeigt die Heerchau, die sie am Mittwoch im Berliner Stadion in der Form eines Frontkämpfertages abgehalten haben. Man sollte annehmen, die Ludendorffs und Stappenschlemmer hätten nicht den Mut, den wirklichen Frontkämpfern wieder unter die Augen zu treten, die sie doch meist als Frontschweine bezeichnet haben, aber weit gefehlt. Sie rechnen mit der Dummheit und Vergeßlichkeit des deutschen Volkes, und sie irren darin nicht. Nach den Berichten bürgerlicher Blätter sollen sich 30 000 solcher merkwürdiger deutscher Michel eingefunden haben; ohne das läbliche Maulaffenvolk, das überall dabei ist, wo was zu sehen ist. Arrangente dieses „Frontkämpfertages“ ist der Nationalverband deutscher Offiziere und der Verband national (d. h. reaktionär) gesinnter Soldaten. Als obersten Delegierten hatte man den Feldwebel Hindenburg bestellt, der seine Protektorschhaft aber von weitem ausübte; er schickte zum Nummel nicht. Dagegen war der andre deutsche Feldwebel Ludendorff, sowie General Graf Waldersee, General von der Goltz und der Kapitänleutnant Eitel Friedrich und noch eine Anzahl ähnlicher Gestalten da. Waldersee ist der Meinung, wenigstens sprach er sie in seiner Rede aus, daß der Tag noch erscheint, „an dem das ganze deutsche Volk wieder zu Kaiser und Reich stehen werde“.

Wenn ihm das Warten darauf nur nicht sehr lange werden wird. Wo die Reaktion zusammen ist, fehlen natürlich auch die Massen nicht und so hat je ein geschickter und geschorener nach einem Schlachtenpotpourri sogenannten Gottesdienst abgehalten. Als Ludendorff die Schwindelreden Goltzs hörte, die dieser in seiner Rede verzapfte, ist er vor Karger gelb geworden. Einmal, weil er sich von diesem im Schwindeln übertrassen sah und zum andernmal, weil er ihn während des Krieges nicht zum Kriegespreche gemacht hat. Aus dem Lügenkraut Goltzs sei nur die eine besonders lieblich duftende Blüte gepflückt: „Eine Militärpartei hat es in Deutschland niemals gegeben.“ Dabei war das gesamte Hofschranzenentum, das gesamte Offizierskorps, die hohe Bureauplatz und mit wenig Ausnahmen die bürgerlichen Parteien eine einzige große Militärpartei, wofür die Volkstimme bis zum Kriegsausbruch auf jedem Blatt ein unwiderlegliches Zeugnis bildete.

Wo so gelogen wird, wie in der Goltzschen Rede, da kann Ludendorff nicht zurückstehen und so hub er an, die allerneueste Weisheit zu verkünden:

„Ich entsinne mich, wie am 24. Oktober 1918 Feldmarschall Hindenburg in seinem Armeebefehl die Hoffnung aussprach, daß kein fauler Friede geschlossen werde, daß wir den Frieden in Ehren erkämpfen möchten. Der Befehl kam nicht mehr zur Aus-

führung. Das international-pazifistische Denken dahelme hat ihn nicht mehr zur Ausführung kommen lassen.“

Nun hat Scheidemann schon vor längerer Zeit die authentischen dringlichen Forderungen Ludendorffs vom September 1918 nach sofortigem Friedensschluß unter allen Umständen mitgeteilt, so daß die Schwindelreden Ludendorffs jetzt gar nichts mehr nützen; tut aber nichts, er weiß, wen er vor sich hat und wem er sie getrost aufbinden kann.

Natürlich fehlte auch der hohenzollernsche Ausreißer aus Doorn nicht, er hat sich mit einem Telegramm eingestellt; er paßt übrigens ganz gut in diese Gesellschaft. Bei solchen Gelegenheiten, wie dem „Frontkämpfertag“, finden sich die Reaktionen hübsch aufammen und liefern so eine vollständige Liste der Elemente, die als Konterrevolutionäre anzusprechen sind.

Ganz ungeprüft ist der Tag indes nicht verlaufen. Zwei große Vermutungen sind in den Freudentag gefallen; der eine ist vom Reichswehrminister Gehler mit dem Verbot an die Reichswehr hineingetrüffelt worden, daß sie an der Veranstaltung nicht teilnehmen darf, der andre vom Ruffhändlerverbandsvorsitzenden von Heerlingen, daß die Kriegserzenerie nicht teilnehmen könnten, da es sich bei den Veranstaltern um politische Verbände handle, der Ruffhändlerverband aber eine politisch neutrale Organisation sei. Das letztere ist zwar falsch, die Kriegserzenerie haben von jeher bis auf den heutigen Tag der Reaktion gedient, aber freilich nicht ganz so offen wie der Verband nationalgesinnter Offiziere und der Verband nationalgesinnter Soldaten.

Der Vormarsch der Reaktion und ihre Truppenschau wird der Arbeiterklasse aufs neue die Ueberzeugung beibringen, daß sie zur Abwehr rüsten muß und daß sie bei einem kommenden Kampf anders zuzufassen muß als im November 1918.

## Ludendorffsche Fälschungen.

Während des Krieges ist das deutsche Volk durch die offiziellen Kriegsberichte in einer Weise beschwindelt worden, wie wohl noch nie ein Volk zuvor. Systematisch ist das Volk durch diese Berichte irreführt und getäuscht worden. Selbst dann noch, als die Generale bereits den unermesslichen Zusammenbruch vor Augen sahen, wagten sie es noch, „Sieges“berichte in die Welt hinaus zu telegraphieren. Wie man sich erinnern wird, trugen alle diese Kriegsberichte die Unterschrift des Generals Ludendorff. Hätte Ludendorff sonst nichts auf dem Kerbholz, die systematische Täuschung des deutschen Volkes über die Kriegslage, die im Namen Ludendorffs begangen wurde, wäre Grund genug gewesen, mit ihm eine gründliche Abrechnung vorzunehmen. Aber das deutsche Volk war so gutmütig, wie so viele andre auch ein Ludendorff laufen zu lassen. Ja, es ist so langmütig, daß es sich auch heute noch von ihm anschwärzen läßt. Ludendorff findet noch viele Gläubige und sogar unzählige Verehrer, die ihm gläubig lauschen, wenn er weiter die Geschichte zu fälschen sucht, wie er es kürzlich in einer Rede getan hat, die er gelegentlich des sogenannten Regimentsappells des Leibregiments 8 in Frankfurt an der Oder hielt. Nicht nur, daß er dort Legenden über die Rolle der deutschen Militäristen und Imperialisten beim Ausbruch des Krieges verbreitete, fälschte er auch die Kriegslage der deutschen Regierung ins Gegenteil um. Sicher, wir wissen, daß es sich hierbei um Legenden und Fälschungen handelt, aber die deutsche Dummheit im allgemeinen ist von derart kurzem Gedächtnis und ist selber immer noch geneigt, solchen Lügen Glauben zu schenken, deshalb es nützlich und ratsam erscheint, den unwahren Sprüngen des Herrn Ludendorff nachzugehen und die Wahrheit festzustellen.

Es mag ihm noch hingehen, wenn er in Frankfurt a. d. Oder die Fälschung gebrauchte: „Wir haben das Vaterland nicht auf den Lippen, sondern im Herzen, was wir bewiesen haben damit, daß wir mit Leib und Leben uns eingesetzt haben für die Verteidigung unseres Vaterlandes.“ obwohl in Wirklichkeit die „Wir“ sich weit ab vom Schuss hielten und den Krieg und das Vaterland nur benutzten, um sich die eigenen Taschen zu füllen. Aber mit aller Entschiedenheit muß Front gemacht werden gegen die von Ludendorff vorgebrachte Geschichtslüge: „Als wir 1914 in den Krieg gezwungen wurden, galt es, das Vaterland zu verteidigen. Kein deutscher verantwortlicher Mann hat je den Krieg gemocht, und ich möchte hier besonders betonen, hier, wo ich zum ersten Male seit Kriegsende vor Soldaten zu sprechen Gelegenheit habe, daß ein Frieden mit dem Feinde während des ganzen Krieges nicht möglich war, weil der Feind unsere Vernichtung wollte, daß wir aber jeden Augenblick zum Frieden bereit waren. Wir kämpften um unser Dasein und unsre Ehre, nicht aber um Landgewinn.“

Wir wissen, daß das Gegenteil wahr ist. Nicht nur haben die deutschen verantwortlichen Kreise nichts getan, um den Krieg zu verhindern, sondern sie haben entschieden und bewußt auf den Krieg hingearbeitet. Sie braunten förmlich auf den Waffenpaß und jubelten, als endlich die Kanonen donnerten. Dafür liefern die deutschen Aktenstücke selbst und namentlich die vielbemerkten Randbemerkungen, die Wilhelm an die Berichte des deutschen Reichsanwalters in Wien über den österreichisch-serbischen Konflikt genügt hat, beweiskräftiges Material. Mag ja sein, daß Ludendorff Wilhelm nicht für einen verantwortungsvollen Mann, sondern wie wir für einen gewissenlosen Karren hält; von der gleichen gemessenlosen Karrelei waren auch die andern verantwortungsvollen Leute in Deutschland, einschließlich der deutschen Generale.

Ludendorff sagt auch bewußt die Unwahrheit, wenn er behauptet, daß während des ganzen Krieges ein Frieden mit dem Feinde nicht möglich war. Gerade darüber liegt so hindendes Material vor, so in Nowaks Buch „Der Sturz der Mittelmächte“, daß schon die freche Stirn eines Ludendorff dazu gehört, um den „Frieden“ allein den Kriegsmitteln anzuheften.

Ebenso verhält es sich mit dem Satz: „Wir kämpften um unser Dasein und unsre Ehre, nicht aber um Landgewinn“, eine Redensart, die zwar während des Krieges auch zum Bestand der rechtsnationalistischen Deklamationen gehörte, die aber jetzt auch vom Vormarsch protegiert wird.

Landgewinn, Annektionen im großen Ausmaß waren das Ziel, um das der „deutsche Krieg“ geführt wurde. Die Publikationen des Paul Rohrbach, die Eingabe der sechs Vitzthumsverbände kurz nach Kriegsausbruch, die Rede des Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses im Frühjahr 1915, die geheime Denkschrift der Eisenindustriellen im Jahre 1918, die hundert Entschickungen politischer Parteien, die Erstürmung von Wehrmann Hollwags, Michaelis' und Hertlings, die Dokumente, die S. Grynbaum in seinem Buche „Das annerktionistische Deutschland“ gekammelt hat, und nicht zuletzt der Ludendorff während des Krieges Strafen den wohnen Ludendorff beim Annerktionen in Frankfurt a. d. Oder. Annerktionen in Ost und West“ die Annerktionen Belgiens und Nordfrankreichs, namentlich den Franzosen um Paris und Brüssel, sowie die Annerktionen russischer Gebiete, ganz zu schweigen von den Träumen in Kleinostasien, bilden den Anfang und das Ende dieser Denkschriften und Einlagen. Und die Friedensverträge von Brest-Litowsk und Bukarest sind Beweiskräfte dafür, wie die deutschen verantwortungsvollen Männer“ sich zu der Traue der Annerktionen hielten.

Auf all diese Dinge brauchen wir nicht im einzelnen einzugehen. Wir beschränken uns vielmehr um den Fälscher Ludendorff zu kennzeichnen, auf die Haltung Ludendorffs selbst während der Dauer des Krieges. Er, der in Frankfurt a. d. Oder erklärte, um Landgewinn sei nicht gekämpft worden, hatte am

15. September 1917 an den Reichskanzler Michaelis eine Denkschrift gerichtet, worin es heißt:

„Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas und Südwärts bis St. Vith fest in unsere Hand behalten. Daher sehe ich nur in der Einnahme durch das Deutsche Reich das Mittel, dies zu erreichen. Ob es ein andres Mittel gibt, muß ich dahingestellt sein lassen. Vorläufig scheint es mir noch nicht gefunden. Der Besitz der Maaslinie allein genügt nicht, um dem Industriegebiet die erforderliche Sicherheit zu geben. Wir müssen ein englisches-französisches Heer noch weiter zurückziehen. Das kann nur dadurch geschehen, daß Belgien wirtschaftlich an uns so eng angeschlossen wird, daß es auch seinen politischen Anschluß an uns sucht. Der wirtschaftliche Anschluß wird ohne starken militärischen Druck — längere Okkupation — und ohne Besitzergreifung von Düttich nicht ins Werk zu setzen sein.“

Und sein Chef Hindenburg schrieb ebenfalls unterm 15. September 1917 unter ausbrüchlicher Berufung auf Ludendorff an Michaelis:

„Ich verhehle mir nicht, daß in der Marine und in weiten politischen Kreisen ein Verzicht auf die flandrische Küste als ein Schlag empfunden wird, der nur dann gemildert wird, wenn die auch von Exzellenz der Marine ausstehenden Kompensationen zur Tat werden. Ich sehe mit General Ludendorff die Kompensationen in Stützpunkten in und außerhalb unseres Kolonialreiches.“

Die Denkschrift Ludendorffs und das Schreiben Hindenburgs, die beide sich für Annektionen in Belgien aussprechen, gemühten noch an Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß gerade damals der Papst einen Versuch machte, den Frieden herbeizuführen, ein Versuch, der mit Billigung Englands geschah, der aber vereitelt wurde durch die Landansprüche Deutschlands auf belgisches Gebiet. Hiernach ermesse man, welche Unverschämtheit dazu gehört, wenn Ludendorff in Frankfurt a. d. Oder sagt, „daß ein Frieden mit dem Feinde während des ganzen Krieges nicht möglich war“. Allerdings nicht möglich, weil Ludendorff und Konforten nicht wollten, weil der „Siegfriede“ mit Landgewinn in Ost und West ihr einziges Ziel war.

Es kennzeichnet die Zustände in der deutschen Republik, daß es trotz alledem ein kaiserlicher General wagen kann, heute wieder mit einer solchen Dreistigkeit vor die Öffentlichkeit zu treten.

## Zwei Sajardeure.

In einem Artikel Ludendorff und Klante zieht die Berliner Volkszeitung einen Vergleich zwischen dem Sajardeur des Weltkrieges und dem Gründer einer der zahlreichen in letzter Zeit zusammengebrochenen Weltbanken. Dabei kommt das Blatt in Bezug auf Ludendorff zu folgendem Urteil:

Dieser General war der böse Engel Deutschlands. Er war der Mann, der für ein schmarotzisches Ziel den jüngsten Neuleuten mit dem schmalsten Brustkasten wie den ältesten Landsturmmann mit den glühlichen Knochen forderte. Ein Jahrgang nach dem andern wanderte in den feurigen Osten, und der Erfolg zog sich immer weiter zurück. Und je mehr der Mann der dieses Namenlose forderte, den Boden unter den Füßen verlor, desto unsolider wurden seine Methoden, desto pompöser wurde die Aufmachung der täglichen Heeresberichte, desto mehr sollte Bluff über die harte Wirklichkeit hinwegtäuschen. Im Lande selbst aber setzte ärgste Unterdrückung ein; die Barmherzigkeit wanderte in Schuchhaft, der eine wurde zum Ausschere des andern. Eine Wolke von Heuschrecke jagerte jahrelang über Deutschland.“

Nachdem das Blatt auseinandergelegt, wie schließlich „das große Werk“ Ludendorffs sich als ein Karrenhaus erwies und wie Ludendorff es dennoch wagen kann, heute gegen das gleiche Volk, das er zur Strecke gebracht, Vorwürfe zu erheben, fährt es fort:

„Es ist ein Wunder, daß er Schule macht? Daß er seinen e Geschäfts macher ihm die Geste abgucken, daß ein Abenteuer geringen Formats, der mit dem sauer erworbenen Geld der kleinen Leute spielt, mit bestem Erfolge den Ludendorff imitiert? Dieser Herr Klante, dessen steuerlos gewordenes Väteratenschild heute langsam, aber mit tödlicher Sicherheit dem vorerbenden Waelfstrom entgegenreißt, darf, ohne ausgepfiffen zu werden, sich bereits seinen eigenen „Dolchstoß“ erlauben, gegen allerhand geheime Mächte dornern, kurzum, das hohe Vorbild aufs Haar imitieren.“

Ludendorff ist heute nicht mehr eine Person, Ludendorff ist eine Gesinnung, die tief ins Volk eingedrungen ist. Ludendorff — das bedeutet Bramarballe, Ludendorff — das bedeutet Glücksspiel mit Leib und Seele anderer, Ludendorff — das bedeutet in der Stunde der Rechenschaft den Spieß umkehren und die Opfer mit der Verantwortung beladen. Aber als Herr Klante sich am Schluß der Vorlesung zum Volkstribun proklamieren ließ und fast ganz unter der Opulenz des selbstgepöbelten Blumenschmucks verschwand, da riefen einige in der allgemeinen Begeisterung nüchternen Geliebene: „Wer bezahlt denn eigentlich die Lorbeerkränze?“

Auch der General Ludendorff wird in diesen Tagen gefeiert, als hätte er seinem Volke das Paradies auf Erden geschaffen. Aber niemand macht den prosaischen Zwischenruf, wer denn eigentlich diese Lorbeeren bezahlt.“

Die Lorbeeren Ludendorffs haben wir bezahlt und müssen noch blühlich dafür bezahlen. Aber auch für diesen Klante in Generaluniform wird noch die Stunde kommen, wo das Volk Rechenschaft verlangen wird. Und dann wird der großsprecherische General von heute sicher zum atmungslosen Häcker zusammenschrumpfen.

## Lieber deutschnational als USP.

Das ist die Parole der Kommunisten bei der Landtagswahl in Thüringen. Sie geben aber nicht nur diese Parole aus, wie es einer ihrer Anhänger in einer Versammlung in Waltershausen getan hat, in der unser Genosse Rosenfeld aus Berlin referierte, sie betätigen sich auch wieder hervorragend als Sprenger unabhängiger Wählerversammlungen. Gegenüber einer solch verbrecherischen Schädigung der Arbeiterbewegung gibt es nur noch das Mittel, den Kommunisten den Zutritt zu den Wählerversammlungen unserer Partei zu verbieten und sobald sich solche Störenfriede trotzdem bemerkbar machen, sie bei der ersten Sitzung an die Luft zu befördern. Es geht nicht an, unsre Wählerversammlungen durch solche Schädlinge unmöglich machen zu lassen. Wo diese Schädlinge mit ihrem Rabau keinen Erfolg haben, versuchen sie es mit Lügen. Wie sie dabei handeln, geht aus einem offenen Brief hervor, den Genosse Rosenfeld im Gotha'schen Volksblatt an den Vorsitzenden der SPD. in Gotha, Herrn Müller, richtet; er lautet:

„Sie haben in der USP-Versammlung in Waltershausen am 21. August behauptet: 1. Die USPD habe die Forderung der Diktatur des Proletariats aus ihrem Programm gestrichelt, und Sie seien im Besitz eines von der USPD verbreiteten Exemplars des Leipziger Aktionsprogramms, aus dem die Stelle, welche die Diktatur des Proletariats betrifft, herausgelassen sei. 2. Hilferding sei in einem Artikel für die Verschmelzung der USPD mit der SPD eingetreten.“

Ich fordere Sie hierdurch auf, sofort 1. das angeblich in Ihrem Besitz befindliche Exemplar des Leipziger Aktionsprogramms uns zu überlassen oder der Redaktion des Volksfreundes vorzulegen; 2. mitzuteilen, wann und wo Hilferding die Verschmelzung der USPD mit der SPD gefordert hat.

Dr. Kurt Rosenfeld.“

Man sieht, die Kommunisten führen den Wahlkampf schäbiger als früher der Reichstagsgenossen zur Verleumdung der Sozialdemokratie. Können ehrliche Arbeiter mit solchen Elementen noch irgendetwas zu tun haben wollen?



# Eine kitzlige Frage an den Reichswehrminister.

Der Reichstagsabgeordnete Klinker (USPD.) hat im Reichstag folgende Anfrage eingebracht: Die Presse brachte vor einigen Tagen die Meldung, daß die Fach- und Landesvertreter aus dem Rapp-Putsch, die Marineoffiziere Löwenfeldt und Ehrhardt sich der besonderen Gunst unseres „republikanischen Reichswehrministers“ erfreuen. Es soll nach dem Vorwärts der Rappist Löwenfeldt als Regimentskommandant in der „Schwarz-rot-goldenen republikanischen Marine“ Dienst tun, ferner auf „höheren Befehl“ zum Kommandanten der Schiffsstamm-Division Ostsee ernannt worden sein. Dagegen wird behauptet, daß der „angeblich“ staatsfeindlich verfochtene Rebell Ehrhardt mit voller Pension entlassen sei. Ich frage daher an: 1. Hält der Reichswehrminister die Beförderung von monarchistischen Rebellen mit seiner Stellung als „republikanischer Minister“ vereinbar? 2. Wie heißt die „amtliche Stelle“ und „Verfügung“, die dem Ehrhardt auf Kosten der Republik eine volle Pension zugesprochen hat? 3. Wie erhebt nun der staatsfeindlich Verfochtene seine Pension? Wir sind gespannt darauf, wie sich der Reichswehrminister aus diesem zum Himmel stinkenden Skandal herauszuwinden versuchen wird.

## Ein gebührender Empfang.

Aus Zeitz wird berichtet: General von Lettow-Vorbeck, der zu einem Vortrag über seine Afrikakämpfe nach Zeitz gekommen war, wurde bei seinem Erscheinen in der Stadt von einer mehrere hundert Mann starken Volksmenge umringt und unter Rufen „Hinaus aus Zeitz, Massenmörder“ u. a. gezwungen, die Stadt mit dem Abendzuge wieder zu verlassen. Der Magistrat der Stadt Zeitz verbot einen von 25 Vereinen, darunter dem „Stahlhelm“, beschlossenen Fackelzug vor dem in Zeitz weilenden General von Lettow-Vorbeck mit der Begründung, daß durch diesen Fackelzug Unruhen von links zu befürchten seien.

Es ist erfreulich, daß die Arbeiterschaft endlich erwacht und der monarchistisch-nationalistischen Hege der Generale entschieden entgegentritt.

## Keine deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien.

Berlin, 24. August. (TU.) In den letzten Tagen und erst heute wieder wurde von der „Chicago Tribune“ über direkte Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung wegen Aufstellung des Industriegebietes gemeldet. Von zuständiger Stelle wird hierzu bemerkt, daß diese Meldungen unzutreffend sind und daß von direkten Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung nicht die Rede sein kann.

## 9,5 Milliarden Besatzungskosten für Oberschlesien.

Oppeln, 25. August. Nach einer Meldung der Internationalen Kommission betragen am 1. August die Kosten für die Unterhaltung der Besatzungsarmee in Oberschlesien 9,5 Milliarden, die nach dem Versailler Vertrag von demjenigen zu tragen sind, dem das Abstimmungsgebiet zugeteilt wird.

## Auflösung des deutschen Ausschusses gefordert.

Breslau, 24. August. Wie die Gazette Ludowa mittelt, hat die internationalisierte Kommission in Oppeln den Vorsitzenden des deutschen Ausschusses in Oberschlesien, den Landrat Dr. Lukasik in Katowitz, amtlich davon benachrichtigt, daß sie das neu gegründete Institut nicht anerkenne und seine Auflösung verleihe.

## Zur Ablehnung des spanischen Botschafters.

Paris, 24. August. Wie der Matin meldet, hat die Ablehnung des Botschafters durch den spanischen Botschafter große Uebertragung hervorgerufen. Es scheint sicher, daß die neue spanische Regierung ihrem Botschafter den kategorischen Rat gegeben hat, sich nicht aktiv in die Regelung des oberschlesischen Problems zu mischen. Der Matin befürchtet, daß diese Ablehnung das Programm der Genfer Sitzung stören könnte. Ein neuer Botschafter sei amtlich noch nicht in Aussicht genommen. — Nach einer Wittermeldung aus Madrid erklärt man dort in politischen Kreisen, daß die Ablehnung des spanischen Botschafters durch die Tatsache motiviert wird, daß Spanien in dem Wünsche, unter Umständen die Rolle eines Schlichters zu spielen, die Hände völlig frei haben will. — Wie der Petit Parisien mitteilt, ist nach mehreren Besprechungen zwischen den in Paris anwesenden Mitgliedern des Völkerbundes ein Schritt bei Quinones de Leon unternommen worden, um ihn zur Zurücknahme seiner Ablehnung zu veranlassen. — Dagegen meldet Havas: Infolge der Welgerung des spanischen Botschafters Quinones de Leon wird Comte Ffili Leblitz vor dem Völkerbundsrat in der oberschlesischen Frage Bericht erstatten.

## Die tschechische Regierung entschuldigt sich.

Prag, 25. August. (TU.) Aus Anlaß des Falles Heinrich Hoff, des bei den Unruhen getöteten tschechischen Politikers, hat die tschechische Regierung in Prag an das tschechisch-slowakische Außenministerium eine Verbalnote gerichtet. Daraufhin hat der tschechische Minister des Auswärtigen sein Bedauern über den Fall ausgedrückt und erklärt, daß die Angelegenheit eine beide Teile befriedigende Lösung finden werde.

## Für das Proletariat der Baranya.

Das Sekretariat der I. A. S. B. hat am 19. August nachstehenden Appell an die jugoslawischen Sozialisten gerichtet:

„An die sozialdemokratische Parlamentsfraktion Jugoslawiens. Die jugoslawische Regierung hat den Beschluß gefaßt, die Baranya zu räumen. Die Truppen Fothys werden Sonntag in Fünfkirchen einziehen, und die Methoden grausamer und skrupelloser Mord, die das übrige Ungarn erlitten hat, nun auch über dieses Gebiet verhängen. Wir sind überzeugt, daß ihr in dem Geiste internationaler Solidarität, der euch in den schwersten Zeiten des Krieges stets besetzt hat, alle Kräfte einsetzen werdet, um die Tausende bedrohten Klassenbewußten Arbeiter ohne Unterschied der Richtung zu schützen und ihnen das Asylrecht in Jugoslawien zu sichern.“

Für das Sekretariat der Internationalen Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien: Friedrich Adler.

Als Antwort langte am 21. August das folgende Telegramm ein: Adler, Arbeiterzeitung, Wien.

Wir bemühen uns, allen ungarischen Flüchtlingen Asylrecht zu verschaffen mit zufriedenerstellendem Erfolg. Topalovic.

## Die westungarische Frage.

U. A. Stephan Friedrich benutzte die bevorstehende Entscheidung in der westungarischen Frage zur Entfestigung einer maß-

losen Fiktion, durch die er offenbar seine Postfiktionalität wieder geben will. Er fordert die Regierung in einem offenen Schreiben auf, mit aller ihr zu Gebote stehenden Macht die Vorsehung Westungarns zu verhindern und richte an seine Anhänger die Aufforderung, direkt oder indirekt alles aufzubieten, damit das westungarische Gebiet bei Ungarn verbleibe. In einem weiteren offenen Schreiben in der Zeitung U. Kap kündigt er eine Aktion an. Angesichts der herrschenden großen Erregung ist diese Agitation nicht ungehörig.

Budapest, 23. August. Abgeordneter Dingauer interpellierte in der Nationalversammlung über die westungarische Frage. Der Minister des Auswärtigen erklärte, daß Verhandlungen mit der österreichischen Regierung angeknüpft worden seien, die zu dem Beschluß des österreichischen Ausschusses für Inneres vom 13. August geführt hätten, wonach der österreichische Ausschuss keinerlei Basis zu unmittelbaren Verhandlungen stude. Die in Schwere befindlichen Verhandlungen würden in kürzester Zeit beendet sein. — In Beantwortung einer weiteren Interpellation über die Abtretung Westungarns erwiderte der Ministerpräsident Graf Bethlen, daß Begleitbriefen Millerands habe die ungarische Regierung stets als einen Westanteil des Friedensvertrags betrachtet und sie könne auf die darin ausgesprochenen Rechte nicht verzichten. Dies treffe auch für Westungarn zu. Wenn die Uebergabe durchgeführt werden sollte, biete der Begleitbrief Millerands Gelegenheit, zu einer Grenzregelung zu kommen.

## Der ungarische Finanzminister Segedus droht mit dem Staatsbankrott.

Budapest, 22. August. (U.) Finanzminister Segedus stellte nach Verabschiedung des Gesetzentwurfs betreffend die Vermögensabfindung eine Bilanz auf, worin der Betrag der Vermögensabfindung in drei Jahren mit ungefähr 24 Milliarden Kronen bemessen wird. Der Minister erklärte hierbei: Diese Beträge sind zur Tilgung der Schulden des Landes und anderer Verpflichtungen bestimmt. Sollte von Ungarn eine Reparationssumme gefordert werden, so würde das einen solchen Sturz der ungarischen Krone zur Folge haben, das wir nicht nur für die Reparation benötigten Franks und Sterling-Beträge nicht beschaffen könnten, sondern auch die dem Ausland gegenüber bestehenden und während des Krieges stark angewachsenen Schulden nicht begleichen könnten. Die Gläubiger Ungarns hätten um so weniger Anlaß, sich selbst auf diese Weise zu schädigen, als es klar ist, daß Ungarn sowohl das Ergebnis der Vermögensabfindung, wie auch die sonstigen Einkünfte in erster Reihe zur Begleichung seiner Verbindlichkeiten benutzen will.

## Ungarische Verfassungsänderung.

Die U. A. erfährt aus Budapest: Die ungarische Nationalversammlung wird bei ihrem Zusammentritt nach den Sommerferien einen Gesetzentwurf zur Beratung vorgelegt erhalten, der eine Änderung der Verfassung vorseht. Das Parlament wird künftig aus dem Magnatenhaus und dem Abgeordnetenhaus bestehen. Die heutige Nationalversammlung erklärt sich als Abgeordnetenhaus und verlängert ihre Mandatsdauer bis zum Jahre 1925. Das Magnatenhaus geht nach dem bereits bekanntgegebenen Schema aus Erneuerungen und berufsunabhängigen Wahlen hervor. Gleichzeitig soll die Staatsform Ungarns als Monarchie deutscher Herkunft hervorgehoben werden, als es im jetzigen Wortlaut der Verfassung der Fall ist. Die Maßnahmen des Innenministers gegen die Republikanische Partei bilden die Einleitung zu der geplanten Verfassungsänderung.

## Vor der Entscheidung in Irland.

Tagung des Nationalkonvents. — Irische Gegenvorschläge? Paris, 23. August. Havas meldet aus Dublin: Man nicht der heutigen Sitzung des Nationalkonvents der Sinnfeiner größte Bedeutung, bei. Es ist wahrscheinlich, daß das Geheimparlament der 26 irischen Grafschaften in seiner Antwort an Lloyd George die Anweisungen annehmen wird, die ihm dieser Nationalkonvent geben wird. Man will aus vertrauenswürdiger Quelle erfahren haben, daß der Konvent sich für die Annahme der Bedingungen Lloyd Georges aussprechen wird. (?) In der Tat besteht der Konvent aus einer viel größeren Anzahl gemäßigter Persönlichkeiten als das Geheimparlament, dessen Mitglieder unter den schwierigen Umständen gewählt wurden und größtenteils die Gefangenhaft erdulden mußten. Das irische Geheimparlament hat den Wortlaut seiner Antworten noch nicht festgelegt. Infolgedessen hat es völlig freie Hand und wird alle Empfehlungen annehmen können, die ihm der Nationalkonvent geben wird.

Saga, 25. August. (TU.) Sämtliche Nachrichten aus Dublin: Irlands dahin revidiert werden zu müssen, daß der Del Circa die Vorschläge Lloyd Georges nicht so, wie sie vorliegen, annehmen wird, und daß noch Gegenvorschläge zu erwarten sein werden, wobei die Beziehungen Südirlands zu Ulster eine große Rolle spielen werden.

Paris, 25. August. (TU.) Nach einem Telegramm des New York Herald aus London haben die irischen Parteiführer eine geheime Denkschrift von Lloyd George erhalten.

## Griechenlands Kriegsziele.

Athen, 24. August. Kriegsminister Theotokis hat vor Pressevertretern Erklärungen über die Ziele abgegeben, welche mit der Wiederaufnahme des Feldzuges verfolgt werden: Wir wollen auf Angora marschieren, nicht etwa, um uns dort festzusetzen, sondern um Sachunterstützung zu haben gegen den Einfall jedes Aufrührers, der gegen die Entscheidung Europas angehen will. Die Griechen sind von den Türken zu diesem Krieg gezwungen worden; die Türken halten weder den Vertrag von Sevres, noch die Bestimmungen des Waffenstillstandes. Ein neuer Friedensvertrag wird also den Olymp in Rechnung tragen müssen, die das griechische Volk hat auf sich nehmen müssen, um den türkischen Widerstand zu brechen. — Der Kriegsminister schätzte die nationalgriechischen Streitkräfte in Anatolien auf etwa 64 000 Mann. Er gab zum Schluß der Ueberzeugung Ausdruck, daß bei dem jetzigen Erfolg des Vormarsches die militärischen Operationen in einem Monat zu Ende geführt sein werden. (?)

Paris, 24. August. Nach einer Havasmeldung aus Angora meldet der türkische Heeresbericht: An der Westfront nähern sich feindliche Abteilungen unsern Stellungen. Im Abschnitt Afium-Karabissar sind unsere Truppen, nachdem sie die dort befindlichen feindlichen Streitkräfte zurückgeworfen hatten, in Tschobanlar eingekesselt.

Konstantinopel, 24. August. Nach einem amtlichen Bericht der Regierung von Angora soll ein britisches Torpedoboot einige Ortschaften an der Schwarze-Meer-Küste beschossen haben.

Nach einer Havas-Meldung aus Athen wird dort die Meldung, Erzherzog Wilhelm habe dem König Konstantin aus Anlaß des griechischen Sieges ein Glückwunschtelegramm geschickt, amtlich als unwahr erklärt.

## Die Abrüstungskonferenz als Dunkelkammer.

London, 24. August. Einer Neutermeldung aus Washington zufolge forderte der Demokrat Harrington im Senat, daß die Sitzungen der bevorstehenden Washingtoner Abrüstungskonferenz öffentlich sein sollten, zog seinen Antrag jedoch auf die Einwände des Senators Lodge, der diesen Vorschlag unmöglich und undurchführbar nannte, wieder zurück.

## Arbeitslose im Bichtenberger Gemeindeparlament.

Berlin, 25. August. Das Bichtenberger Rathaus war gestern der Schauplatz schwerer Tumulte. Etwa 400 Arbeitslose drangen

in den Sitzungssaal ein und erzwangen das Wort für eine Deputation, die u. a. die Anerkennung der gewählten Erwerbslosenräte verlangte. Um den Herbeiruf polizeilicher Hilfe unmöglich zu machen, befehlten die Demonstranten die Fernsprechanlage des Rathauses. Da sich die Menge nicht aus dem Saal weichen ließ und es sogar zu Handgreiflichkeiten kam, wurde die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde unter dem Druck der Erwerbslosen beschlossen, die Anerkennung der Erwerbslosenräte einer Kommission zur Prüfung zu überweisen. Darauf wurde die Sitzung geschlossen, ohne daß der Rest der Tagesordnung verhandelt werden konnte.

## Deutschland.

### Gegen den Lebensmittelwucher.

Mugsburg, 23. August. (TU.) Die sozialdemokratische Stadtratsfraktion hat beim Stadtrat den Antrag eingebracht, es solle unverzüglich mit den Regierungen beraten werden, wie weit Preissteigerungen hinauszuhalten seien. Gegen die zunehmende Verschlechterung und Verteuerung der Lebensmittel sei durch eine strenge Kontrolle vorzugehen; für die minderbemittelte Bevölkerung seien auf Kosten der Stadt Lebensmittel zu beschaffen und zu billigen Preisen abzugeben. Ferner wurde beantragt, mit den andern größeren Stadtverwaltungen in Verhandlungen einzutreten zur Hintanhaltung des gegenseitigen Ueberbietens auf dem Lebensmittelmarkt.

### Verbot einer sozialdemokratischen Zeitung.

Wie aus Duisburg berichtet wird, wurde auf Anordnung der französischen Besatzungsbehörde das Erscheinen der sozialdemokratischen Volksstimme im Gebiet des Brillentopfes Düsseldorf für die Zeit vom 23. bis 30. August verboten.

Parteitag der KPD. Wie die kommunistische Arbeiterzeitung meldet, ist der ursprünglich auf 28. August vorgesehene Parteitag der KPD auf Beschluß der Mitglieder des erweiterten Zentralkomitees auf 11. September verschoben worden. Die Tagesordnung enthält u. a. einen Punkt, der auf die Notwendigkeit der Schaffung einer „kommunistischen Arbeiter-Internationale“ hinweist. Der Parteitag findet in Berlin statt.

## Von Nah und Fern.

### Eine schwere Luftschiffkatastrophe.

London, 24. August. Das lenkbare Luftschiff Z B 2 ist oberhalb von Hull explodiert. Die Trümmer sind in den Kimberley gefallen. Das Luftschiff kehrte von einer versuchsweisen Kreuzfahrt vor der Ueberquerung des Atlantischen Ozeans zurück. Das Personal des Luftschiffes umfaßte 17 Mann. Nur sechs davon blieben am Leben. Ergänzend meldet Reuters: Der Führer des Luftschiffes, der schwer verletzt war, bewies Minder von Geistesgegenwart, indem er das Luftschiff im Niedergehen auf den Flug lenkte anstatt in die Stadt, wo es schrecklichen Schaden verursacht hätte. Das Luftschiff war auf einer Probefahrt für den Flug nach Amerika begriffen. Die Besatzung zählte 49 Mann, darunter 5 britische Offiziere und einige amerikanische Marineoffiziere, die das Luftschiff über den Atlantischen Ozean führen sollten. Das Luftschiff war das größte der Welt; es war 695 Fuß lang, saßte 300 000 Kubikfuß Gas und führte genügend Brennstoff für eine Reise von 6500 englischen Meilen.

### Der Berliner Frauenmörder.

Berlin, 25. August. (TU.) Nach zwölfstündiger Vernehmung ist der Mädchenmörder Grosmann Mittwochabend vollständig zusammengebrochen und hat sich in solche Wiberlye verwickelt, daß man ihm jetzt mit ziemlich Sicherheit zwei weitere Morde zur Last legen kann, nämlich den an der Prostituierten Frieda Schubert und den an der noch unbekanntem Frau, deren zerstückelte Leichenteile aus dem Luisenstädtischen Kanal gefischt wurden.

### Reflektexplosion im Leunawerl.

Berlin, 25. August. Wie das Tageblatt aus Halle meldet, erfolgte heute auf den dortigen Leunawerl eine Reflektexplosion, wobei 14 Arbeiter zum größten Teil schwere Verletzungen erlitten.

### Wootungslauf.

Berlin, 25. August. Wie der Lokalanzeiger aus Bergen auf Rügen meldet, kenterte auf dem kleinen Jasmunder Bodden eine Yacht mit 5 Insassen. Drei von ihnen ertranken. Bisher konnte nur eine Leiche geborgen werden.

### Ein Vastauto in den Kanal gestürzt.

Riel, 25. August. (TU.) Bei der Lebensauer Brücke stürzte am Mittwochabend ein mit Kieselsteinen beladenes Auto der Kruppischen Schiffswerft von der hohen Böschung in den Ostsekanal. Der Chauffeur wurde getötet; seine Begleiter erlitten schwere Verletzungen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Walter Freytag in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil:

Friedrich Viller, Vordorf-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

**Platzblumen Zäpfchen**  
Mundgeruch verschwindet durch  
„Solidento“

**Kombella-Zahnpasta**

Tube 2.— und 3.60 in allen einschlägigen Geschäften, doch lassen Sie sich nichts anderes aufreden, es ist zu Ihrem Schaden.

# DUNLOP

## Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.



# USPD. Groß-Leipzig

**Liebertwoltwitz.** Freitag, den 26. August, abends 8 Uhr. **Mitgliederversammlung** im Gasthof am schwarzen Koh. Tagesordnung: 1. Gemeinderatsbericht (Gen. Kolbe). 2. Auslosung. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Besuch erwartet. Der Vorstand.

**Wiederitzsch.** Freitag, den 26. August, abds. 8 Uhr. **Mitgliederversammlung** i. Neuen Gasthof (Bornefeld). Tagesordnung: 1. Das Steuerprogramm der Reichsregierung. Referent: Genosse H. Fleischer. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bitten. Der Vorstand.

**Verband der Gärtner u. Gärtnereiarbeiter**  
Bureau: Hotel Victoria, Gerberstr. 1, Zimmer 104, Ehrenfeld 4-7

**Großes Dahlienfest**  
am Sonnabend, dem 27. August 1921, im schön dekorierten großen Saale des Felsenkellers, L. Plagwitz, Karl-Heine-Str., verbunden mit Konzert, Blumenverlosung und großem Festball. 9 Uhr feierlicher Einzug der Blumentönigin Dahlia, anschließend große Blumenparade. / Gewerkschafts- und Parteigenossen sind herzlich willkommen. Einlaß 6 Uhr. Anfang 8 Uhr. Straßenbahn-Verbindung: Linie 2 und 3. Das Festkomitee.

## Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

**Turn-Bereine**

**Bezirk. Turner und Sportler.** Sonntag, 28. August. **Bezirks-Sportfest** im Sportpark des Turnerbundes Stötteritz, verlängerte Dittstraße. Vorläufe 1 Uhr. Hauptkämpfe 2 Uhr. 5 Uhr: Fußball-Wettspiel Leipzig-Städte-Elf-Würzen. Programme sind am Festtage abzurufen.

**L. Gohlis.** Sonntag, den 28. August, nachmittags 3 Uhr. **Kinder-Schachturnen** in Möden auf dem Plage hinter dem Restaurant Waldhof. Zahlreiches Besuch erwartet. D. L.

**L. Stötteritz.** Turnbund (G. B.) Nächsten Sonntag, den 27. August, abends 7 Uhr. **Sommerabendball** im Verandahaus.

**L. West.** Freie Turnerschaft. Mittwoch, 31. August. **Freie Turnerschaft.** Mittwoch, 31. August. **Freie Turnerschaft.** Mittwoch, 31. August. **Freie Turnerschaft.** Mittwoch, 31. August. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Turnrat.

**Spielabteilung Britannia 1907, L. Mödern.** Sonnabend, den 27. August, nachmittags 3 Uhr. **Nachausflug** nach Bilitz 27. August 1921. Abfahrt um 6 Uhr von der Krone mit Extrawagen. Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht.

**Radfahrer-Bund Goldarbeit**

**Drusgruppe Zöbiger.** 11. **Stiftungsfeier** im Gasthof zur Prödel. Nachm. 3 Uhr gemeinschaftliche Fahrt vom Gasthof zum Dambirich, Zöbiger nach dem Festlokal in Prödel. Das Festkomitee.

**Verband Volksgeundheit**

Freitag, den 26. August, abds. 7 Uhr. **Abend eine Volksversammlung** im Restaurant Stadt Altenburg, Markt, Lindenau, Markt. Tagesordnung: Vortrag des Gauleiters Gen. Liebers, Neuwahl der Vorstandsmitglieder, Festlegung des Vereinsbeitrages, Sportartikel-Angelegenheiten, Verschiedenes. In dieser Versammlung werden die Lehrsätze über Krankenbehandlung festgelegt. Die Funktionäre müssen vollständig erscheinen. Der Vorstand.

**Wegen Hausabbruch Räumungs-Ausverkauf**

Alle Preise bedeutend herabgesetzt. Alle Strohhüte Preisnachlass 20 Prozent.

Filzhüte	von 33.-	Trikotinsatzhemd m. weißem Jophr. 37.50
Mützen	von 14.-	Hosenträger u. 5.00
Oberhemden	von 48.-	Krawatten u. Herrensocken, farbig v. 5.90

Alle Waren sind offen ausgepackt. Preisenauswahl in modernen Selbstbindern, nur vornehme Muster. Sämtliche Herren-Wäsche, Spazierstöcke, Regenschirme usw. **Hallsche Straße 3**  
**R. Winkler,** zwischen Hauptbahnhof u. Brühl.

**Geners** Nr. 00514

**Billige Lebensmittel**

Schweineschmalz	Pfd. 12.50
la Schweineschmalz, blütenm.	13.95
bei größeren Mengen billiger	
Speck und Schwarzwildsch.	Pfd. 13.95
Tafel-Margarine	
Wirtel 13.95, 12.95, 11.95, 10.95 u.	9.75
Rollschinken	Pfd. 15.95
im Ganzen bedeutend billiger	
Erbisen	2.60
Bohnen	2.30
Graupen	3.10
Mehl	6.75
Malsaffee	3.90
Täglich frisch gerösteten Kaffee	
1/2 Pfd. 7.00, 6.25, 6.00 und 5.25	
Kernsaffee, hoher Fettgehalt	
Doppelriegel	2.30

Sellerhausen, Bismarckstraße 41.  
Reudnitz, Kapellenstraße 10.

**Billige Lebensmittel**

Feinster Rinder-Gulash	1-Pfd. Bällche 5.50
bei 4 Bällchen	20.00
Prima Tafelmargarine	ab 9.90
Feinste Süßrahm-Tafelbutter,	1/2 Pfd. 14.75
Blütenweiches Schweineschmalz.	15.00
Feiner weißer Hindertalg	11.00

Alle anderen Lebensmittel zu den bekannt billigen Preisen  
**HENNEY (Hentrich & Heyne)**  
Bismarckstraße 10 (Hotel Nord)

# Leipziger Palmengarten.

Am 25. August 1921 übernehme ich im Auftrage des Rates der Stadt Leipzig die Leitung der Gastwirtschaft „Palmengarten“ für städtische Rechnung. Von dem Gedanken geleitet, nicht nur den guten Ruf dieser großen städtischen Gaststätte zu erhalten, sondern durch gediegene Bewirtschaftung noch zu erhöhen, bitte ich alle Einwohner der Stadt Leipzig um wohlwollende Unterstützung.

Die herrlichen Säle und Gasträume wie auch im Sommer den Garten bringe ich zur Abhaltung von Festlichkeiten, Familienfeiern usw. in empfehlende Erinnerung. Ich werde bemüht sein, gefügt auf meine langjährigen sachmännlichen Erfahrungen im In- und Auslande, den Wünschen des mich beehrenden Publikums in jeder Weise gerecht zu werden.

Leipzig, am 25. August 1921. Fernruf Nr. 3499.  
**Oskar Herbst, Wirtschaftsdirektor.**

## Licht- U. T. Spiele

Erstaufführung! Ab heute Donnerstag! Erstaufführung!

Der größte und beste in Deutschland gezeigte Auslands-Film!  
Hergestellt von der Universal-Manufacturing-Company New York mit einem Kostenaufwand von 500 000 Dollar (in deutscher Währung ca. 35 Mill. Mk.)

### Die Bettlerin von Stambul

7 Akte 7

In der Hauptrolle: **Amerikas Liebling Priscilla Dean.**

Der Film zeigt das Schicksal eines armen, schönen Stambuler Straßenmädchens, das mit Energie ablehnt, die Favoritin eines Scheichs zu werden, weil ihr Herz bei einem in türkisch. Diensten stehenden Kapitän ist. Es gibt eine Fülle orientalischer

Ort der Handlung: Stambul und die arabische Wüste.

Erlebnisse, die vollendet in die farbenprächtige, von wilden Leidenschaften bewegte Welt des Orients einführen. Türkische Cafés, Harems, schweigsame Moscheen, rausch. Straßenleben wechseln in wunderbaren Bildern der sonnen-durchglühten Wüste ab.

Der größte Film seit Bestehen des Theaters.

Ferner: **Joe Martins der Missetäter**  
Die Höhe der Dressur, Lustspiel mit wilden Tieren in 2 Akten.

Da die Unkosten zu solch einem vereinzelt dastehenden Meisterwerk enorm sind, sind wir gezwungen, bei diesem außergewöhnlichen Spielplan die Eintrittspreise um olgo Kleinigkeit zu erhöhen. Freikarten haben zu diesem Programm keine Gültigkeit.

Einlaß 3/4. Anfang 4. Sonntags 3 Uhr. Letzte Vorstellung pünktlich 8 1/2 Uhr. Man bitte, nach Möglichkeit die Nachmittags-Vorstellung zu besuchen.

**Dritte sächsische Landeswohlfahrts-Geldlotterie**

Hauptvertrieb: Invalidendank für Sachsen Leipzig, Universitätsstraße 4  
Ziehung: 19.-26. Sept.

Höchster Gewinn im günstigsten Falle:  
**125 000**

Prämie: **75 000**  
**50 000**  
**20 000**  
Hauptgewinne: **10 000**  
**5 000** etc.

kleinster Gewinn 10 Mk.  
Lose à 5 Mk. (Postgeld u. Liste 1.40 Mk.) bei den Staatslott.-Einnahmern und den durch Plakate kenntlich. Geschäften.

**Gelegenheitskauf!**

1 Bld. **Amblema** Fein-u. Mittelschnitt. So lange Vorrat reicht (Ausland-ware) **25.-** (Ausland-ware) nur kurze Zeit vor der neuen Steuer. Jed. Interessent kann sich eine Probe-Beize topfen

**Zigarren-Liebig**  
Leipzig-Reudnitz, Albrechtstraße 83 an der Eisenbahnstraße Linie 2, 3 und 17.

**Zigarren** garantiert rein. Stück nur 50 J

**Romnoer-Schnupftabak** 50gr nur 20.-

**Kantabaf** amerikan. Riegel, nur 2.50.-

**Land-Tabak** österreich. Riegel, nur 1.25.-

**Rauch-Tabak** Stückschnitt, 100gr nur 4.-

**Roth-Händle** Zigaretten, 10 Stück 2.50.-

**Schnalzer** Regensburger, nur 50 J in den Zigarettenpackungen: **Reudnitz-Stadt: Eiterstraße 3** (Werberstr. 40)  
**L. St. Täubchen** 43  
**Wurzener Straße 37**  
**L. West: Rühner Straße 49** weil Vertauschungen verboten  
**GUTSCH,** 17 Eiterstraße 17, Telefon 11 343.  
alle Größ. bilda.  
**Batterien** (Webe) Sets frisch. **Wöhrle, Raiserstr. 5.**

**Neu eröffnet!**

## Textil- und Trikotagenhaus

Gohlis, Aeußere Mailische Str. 69

Durch rechtzeitigen günstigen Einkauf bin ich in der Lage, dem verehrten Publikum mit konkurrenzlosen Preisen und Qualitäten zu dienen.

la Percal-Oberhemden	66.00 an	Damen-Strümpfe	5.50 an
Sportkragen	2.75 an	la Hemdentuch	8.25 an

ca. 80 cm breit, Meter v. Mk. 8.25 an

Weitere günstige Angebote ersuchen Sie in meinen Schaufenstern! Sämtliche angebotenen Artikel direkt ab Fabrik. Kein Zwischenhandel!

**Nürnberger Str. 24**

## Partiewarenzentrale

en gros und en detail.  
Enorm billige Preise in: Wäsche, Stoffe und Hemdentuch Strickwaren, Kurzwaren, Strümpfe Krawatten

Besonders günstig für Wiederverkäufer.

**Tauber Nürnberger Strasse 24.**

**Familien-Nachrichten**

Montag, den 22. August, verstarb unser lang-jähriges Mitglied, der Eisenreher

### Emil Schröpfer

Ehre seinem Andenken!  
**Metallarbeiter-Krankenkasse Filiale Engelsdorf.**  
Beerdigung Freitag 10 Uhr auf dem Trinitatis-friedhofe u. Reudnitz, Oststraße.

Am 25. August verstarb unser langjähriges Mit-glied, der Kollege

### Albert Schumann

im Alter von 62 Jahren.  
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.  
**Deutscher Kirschnerverband**  
Zabststelle Markranstädt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unseres lieben Sohnes und Bruders

### Arno Hertel

danken wir allen Verwandten und Bekannten. Besonderen Dank seinen Chefs und dem Gesamtverband der Brauerei Gebr. Ulrich sowie dem Personal der Brauerei Köttan, der Jugend u. Köttan und allen seinen lieben Freunden, die aber, lieber Arno, rufen wir ein „Ruhe laut in dein zu frühes Grab und.“  
R i t a u., den 24. August 1921.  
Die Trauernden Eltern und G. Schwieger.

Für die innige Anteilnahme beim Begräbnis meines lieben Mannes, des Schuhmachers

### Bernhard Böhme

lagt hierdurch allen herzlichsten Dank.  
Hohenzollernstr. 3 **Anna verw. Böhme.**

**Koffer - Reisetaschen**

Beste Qualitätsarbeit  
Erneut im Preise herabgesetzt!

Eigene Fabrikation und Reparaturwerkstatt  
**Karl Blau** Windmühlenstraße 32  
Tauchaer Straße 16...

## 2 Ausstellungsschränke

2,15 Meter hoch, 1,00 Meter breit, 0,60 Meter tief, mit Glas-türen, 2,15x1,00 Meter, sowie

10 pullartige Ausstellungs-Kästen

1,00 Meter breit, 0,60 Meter tief, 0,50 bzw. 0,20 Meter hoch, Deckel mit Glasscheibe, zu verkaufen.

**Leipziger Buchdruckerei Akt.-Ges., Leipzig**  
Tauchaer Straße 19/21.



Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Table with 7 columns: Datum, Temperatur (max/min), Lufttemperatur, Luftfeuchtigkeit, Windrichtung, Windstärke, Wetterausgang. Includes data for 24. August, 25. August, and 26. August.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 25. August.

Parteilangelegenheiten.

Mit-Beipzig. Westen II. Die für Freitag, den 25. August, festgesetzte Mitgliederversammlung fällt aus. Der Bezirksvertreter. Versammlung L.-Ost. Sonnabend, den 27. August, Punkt 1/8 Uhr. Vorstandssitzung im Bibliothekszimmer. Döblich. Freitag, abends 1/8 Uhr, Funktionärsitzung im Part.

Kartelldelegierte. Donnerstag, den 25. August, abends 7 Uhr, Kartellversammlung im Volkshaus. Arbeitsnachweisgeleh. Bericht.

Gruppenrat 11. Mittwoch, den 31. August, abends 1/2 Uhr, Sitzung im Volkshaus. Gruppenrat 4. Donnerstag, den 25. August, Sitzung im Kartell, Zimmer 104. Gruppenrat 13. Montag, den 29. August, abends 7 Uhr, Sitzung im Volkshaus. Gruppenrat 2. Montag, den 29. August, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104. Gruppenrat 12. Dienstag, den 30. August, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

An die Leipziger Arbeiterschaft!

Zu dem Konflikt auf den städtischen Bauten.

Der Rote Kurier versucht der Leipziger Arbeiterschaft einzureden, es handle sich bei dem Streik der Bauarbeiter beim städtischen Wohnungsbau um eine Existenzfrage der Arbeiterschaft, die dort beschäftigt ist. Das ist Schwindel. Tatsächlich handelt es sich um einen Anschlag der Kommunistischen Partei auf das Werk der gesamten Leipziger Arbeiterschaft, der Kommunalisierung des Baugewerbes.

Bekanntlich ist es der Bauarbeiterschaft und der gesamten Arbeiterschaft in Leipzig gelungen, das private Bauunternehmertum bei den städtischen Bauten auszuschalten, die gegenwärtig ein Objekt von 100 Millionen Mark darstellen. Alles wird in eigener Regie der Stadt hergestellt. Das Gelingen des angefangenen Werkes hängt davon ab, daß der Betrieb nicht mehr belastet wird, als das Privatunternehmertum und daß jeder Arbeiter, der im Betrieb beschäftigt wird, wenigstens seine Pflicht so erfüllt, wie beim Privatunternehmer. Bis vor kurzem wurde diese Voraussetzung auch erfüllt. Deshalb konnte das Werk der Leipziger Arbeiterschaft als vorbildlich in ganz Deutschland bezeichnet werden. Freilich ist das Werk nicht hervorgerufen und geleitet von Kommunisten. Das geht den Kommunisten wider den Strich. Um das angefangene Werk zu Fall zu bringen, wurde den dort beschäftigten Bauarbeitern von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale der Befehl erteilt, der Betriebsleitung Forderungen zu unterbreiten, die weit über die tariflichen Pflichten der Privatbauunternehmer gegenüber der Arbeiterschaft hinausgingen. Das geschah in dem vollen Bewußtsein, daß mit demselben Augenblick, wo die Betriebsleitung, bezw. der Rat der Stadt Leipzig diese Forderungen anerkennen würde, das Fortbestehen dieses Betriebes überhaupt unmöglich würde, wenn nicht die Mehrkosten, die die Stadt gegenüber den Privatunternehmern auszubringen hätte, den Leipziger Steuerzahlern aufgebürdet würden. Da nun die Betriebsleitung die kommunistischen Forderungen abweis, wurde von den Führern der Kommunisten passive Resistenz beschlossen, die Belegschaft dazu überredet und soweit diese widerstrebt, mit allen, auch den verbrecherlichsten Mitteln gezwungen, die passive Resistenz strikte zur Durchführung zu bringen.

Etwa 14 Tage hat die Betriebsleitung der städtischen Bauten dieses Treiben mit angesehen. Wiederholt hat sie auf die Wichtigkeit des Betriebes aufmerksam gemacht und an die Pflicht erinnert, die die Bauarbeiter der übrigen Arbeiterschaft Leipzigs gegenüber haben. Sie hat ermahnt, die Arbeiter sollen doch nur ihre Pflicht so erfüllen, wie beim Privatunternehmer. Vergeblich. Als das alles nichts half, schickte sich die Betriebsleitung gezwungen, 17 Maurer wegen ungenügender Arbeitsleistung zu entlassen.

Diese Entlassungen benutzten nun die Kommunisten als Vorwand zur Stilllegung der städtischen Baubetriebe. Den Beweis dafür, daß das ganze Treiben von der kommunistischen Partei ausgeht, bezeugt die Anwesenheit des vor kurzem angestellten kommunistischen Gewerkschaftssekretärs Rasch, der am Freitag, dem 19. August, den Kampf in Modau persönlich einleitete. In Probitheide erschien auf der Baustelle der berühmte und oftmals als Streikbrecher aufgetretene Steinhölzler Hermann Schilling, um der Belegschaft plausibel zu machen, daß sie sich dem Kampf anschließen müsse. Aber die dort beschäftigten Arbeiter waren so verständig, diesen Gelben auf dem kürzesten Wege von der Arbeitsstelle zu weisen. Die Bauarbeiter blieben dort geschlossen an der Arbeit stehen, weil sie es gegenüber der gesamten Arbeiterschaft Leipzigs nicht verantworten konnten, mitzuhelfen, den kommunalisierten Betrieb zunichte zu machen.

Im städtischen Wohnungsbau sollte der Grundstock zur kommunistischen Gewerkschaftsorganisation gelegt werden. Von hier aus sollte die "Arbeit" ausstrahlen. Diese Absicht ist durch die Vernunft der Mehrzahl der Bauarbeiter unmöglich gemacht worden. Mehr als 300 Bauarbeiter arbeiten weiter und ein anderer Teil hat sich durch Annahme anderer Arbeit der Sache entzogen. Dadurch und nicht durch Verrat der "Gewerkschaftsbureaucratie" ist der kommunistische Kampf ins Wasser gefallen.

An der gesamten Leipziger Arbeiterschaft liegt es, dem Treiben der Kommunisten im städtischen Wohnungsbau und in den Gewerkschaften überhaupt, Einhalt zu tun. Sonst wird ihr Werk,

die Kommunalisierung des Baugewerbes in Leipzig, zunichte gemacht, was praktisch die Ansammlung von Privatkapital durch die Ausbeutung der Arbeiterschaft bedeutet.

An die Bauarbeiter, die noch den kommunistischen Wortführern nachlaufen, richten wir die Mahnung, umzukehren von dem falschen Weg, sich endlich klar darüber zu werden, wessen Opfer sie sind. Deutscher Bauarbeiter-Verband. Die Organisationsleitung.

An die Lungen- und Tuberkulosekranken und die gesamte Arbeiterschaft!

Getragen von dem Gedanken „Einigkeit macht stark“ beschloß der Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands, sich Berlin, und der Bund der Lungenkranken und Tuberkulose Deutschlands, sich Hamburg, einseitig den Zusammenschluß beider Organisationen zum Verband der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands, mit dem Sitz in Berlin. Eine große starke Reichsorganisation ist damit geschaffen worden, die das gesamte Deutschland umfaßt und daher auch die Interessen der Lungenkranken wirksam vertreten kann, so daß ihre Stimme auch in den Reichsministerien nicht überhört werden kann.

Die Verbreitung der Tuberkulose, die große Zahl der Lungenkranken und Tuberkulose und die bisherigen Berichte über die Bekämpfung der Tuberkulose und Verjüngung der Kranken zeigt aber, welche ungeheure Arbeit es noch zu schaffen gilt, um das Elend der Kranken zu mildern, um die Tuberkulose selbst wirksam zu bekämpfen und auf das Mindestmaß herabzudrücken. Die Berichte zeigen uns aber auch, daß die staatliche und kommunale Unterstützung der Tuberkulosebekämpfung völlig unzureichend ist, daß sich im Gegenteil die Tuberkulose immer mehr verbreitet — nach einer neueren Statistik reagieren in einer Großstadt 97 Prozent aller Erwachsenen auf die Tuberkuloseimpfung, d. h. 97 Prozent aller Erwachsenen einer Großstadt sind bereits tuberkulose erkrankt oder tragen wenigstens den Krankheitskeim in sich. Es gilt deshalb für alle Lungenkranken, nicht zu klagen, sondern zu kämpfen, besonders schon um zu verhindern, daß auch unsere Kinder dem Wirrgel der Menschheit verfallen, aber auch, daß wir Lungenkranken selbst nicht ganz dem Hunger und Elend verfallen.

Pflicht eines jeden Lungenkranken ist es daher, die einheitliche Kampfsorganisation zu stärken und nach Kräften mitzuarbeiten am Wohle der gesamten Menschheit.

Der gesamten Arbeiterschaft rufen wir aber zu: Wendet euch nicht ab von euren kranken Arbeitsbrüdern und Schwestern, sondern unterstützt uns in unserem Kampfe zur Verbesserung unserer Lage und im Kampfe gegen die Tuberkulose, denn unser Kampf ist der eure, unser Sieg ist euer Sieg!

Unser Kampf ist ein Kampf für die gesamte Menschheit. Um so verwerflicher ist es deshalb, wenn unsere Ziele von gewissenlosen Menschen für ihre eigenen Zwecke und Vorteile ausgenutzt werden. Auch in unserer Bewegung versuchen solche Leute ihr Unwesen zu treiben. Heinrich Hoppe, Leipzig-Döblich, Bornalsche Straße 211, und Heinrich Hinz, Hamburg 5, Koppel 34, sind von beiden Organisationen ausgeschlossen worden. Sie versuchen nun mit allen Mitteln, eine neue Organisation ins Leben zu rufen, um die Bewegung der Lungenkranken noch weiter zu schädigen. In der Nr. 12 der von den beiden herausgegebenen eigenen Zeitschrift wird behauptet, daß sich der Bund der Lungenkranken und Tuberkulose Deutschlands, sich Hamburg, mit der Leipziger und einigen anderen Organisationen zusammengeschlossen habe und daß der Sitz jetzt Leipzig sei. Als Ortsgruppe Leipzig des Verbandes der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands bezeichnen wir dies als unwahr, da es weder in Leipzig eine weitere Organisation gibt, noch in Hamburg ein zweites „Bund“ besteht. Wir ersuchen jedenfalls alle Lungenkranken und Tuberkulose, die Zersplitterungsveruche dieser beiden Personen nicht zu unterstützen und sich dem Verbande der Lungen- und Tuberkulose-Erkrankten Deutschlands, sich Berlin, anzuschließen. Die Geschäftsstelle der Leipziger Ortsgruppe befindet sich Leipzig-Neubühl, Rabat 14, wo auch alle Auskünfte in Rentenfragen, Heilverfahren usw. erteilt werden.

Beschäftigung von Arbeitslosen während der Meßzeit.

Nach der Verordnung des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung vom 17. Februar 1919 ist jeder Arbeitgeber, der 5 oder mehr Arbeitsträfte benötigt, verpflichtet, deren Zahl, Beschäftigungsarten und Arbeitsplätze binnen 24 Stunden nach Eintritt des Bedarfs bei einem öffentlichen Arbeitsnachweis anzumelden. Es wird auf diese Verpflichtung hingewiesen und ausdrücklich bemerkt, daß auch Aushilfsstellen anzuzeigen sind. Im Interesse aller Steuerzahler liegt es aber, daß über die gezielten Vorarbeiten hinaus alle offenen Arbeitsstellen dem öffentlichen Arbeitsnachweis gemeldet werden. Nur dadurch wird vermieden, daß zu gleicher Zeit Erwerbslosenunterstützung und Arbeitsverdienst bezogen wird, wie dies häufig bei Einstellung ohne Vermittlung des Arbeitsnachweises geschehen ist. Um der allgemeinen großen Arbeitslosigkeit zu wehren, wird erwartet, daß insbesondere anlässlich der Messermesse in erster Linie nur solche Arbeitslose beschäftigt werden, die Erwerbslosenunterstützung beziehen. Alle Messeraussteller, die Vorkaufsträger, Zettelverteiler usw. beschäftigen, werden dringend ersucht, nur vom öffentlichen Arbeitsnachweis zugewiesene Arbeitskräfte einzustellen. Die Vermittlung erfolgt kostenlos. Der städtische Arbeitsnachweis befindet sich Seeburgstraße 14-20 und ist werktäglich von 1/8 bis 1/4 Uhr geöffnet, außerdem am Sonnabend, dem 27. August 1921, durchgehend bis 6 Uhr nachmittags und am Sonntag, dem 28. August 1921, von 6 bis 12 Uhr vormittags. Fernsprecher 19 230-33, 19 252, 3156, 3348, 4869.

Palmengarten. Im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehende Messe und auf die schon jetzt mit den Vereinen zu treffenden Abmachungen über Winterveranstaltungen hat der vom Räte gewählte Wirtschaftsdirektor des Palmengartens, Herr Oskar Herbst, bereits heute seine Stelle übernommen und ist von Herrn Stadtrat Lampe eingewiesen und dem Personal vorgestellt worden mit dem Wunsch, daß es der neuen Wirtschaftsleitung gelingen möge, den Palmengarten zu einer Stätte zu machen, an der alle Einwohner der Stadt und ihre Gäste mit immer wachsender Freude Erholung suchen.

Kohlenausgabe für Erwerbslose und Kurzarbeiter! Besteller im Besitze von Gutschein müssen die Briefe innerhalb drei Tagen ab 26. August d. J., in der Zeit von 9 bis 4 Uhr, abholen, und zwar Bayerischer Bahnhof, Köhnerstraße (Nah u. Co.) 1-343, sowie Selterhausen, Bennigsenstraße (Nah u. Co.) 2000-2328. Auf den andern Ausgabestellen können die Briefe erst nächste Woche eintreffen. Der Arbeitslosenrat.

Ein netter Lehrer ist Herr Fischer, Besitzer eines Musiklehrinstituts in L.-Gohlis, Wahrenreiter Straße 7. Er bildet junge Leute als Musiker aus und veranstaltet mit ihnen nachmittags Konzerte und abends Ballmusik. Während der Probe scheidet er sich nicht, Ausdruck zu gebrauchen wie: „Spartakistenhunde, Verbrechervolk, Hund, ich mache dich noch kaputt“ und ähnliche. Ja oft genug verreckt sich Herr Fischer sogar täglich an den jungen Leuten. Als in der Nacht vom Sonntag zum Montag die Schüler sich von Lindenthal aus, wo sie konzentriert hatten, auf dem Heimweg befanden und sich über das Gebahren ihres „Meisters“ abfällig unterhielten, schlug er auf zwei junge Leute mit dem Regenschirm so während ein, daß der eine heftige Schläge auf den Kopf und in den Rücken erhielt, der andre Brauchsen, Krach- und Abwürfwunden am Hals und Hinterkopf davontrug! Nicht nur die

Eltern dieser jungen Leute, sondern auch die Arbeiterschaft hat alle Ursache, sich der ausgebeuteten Musikerlehrlinge anzunehmen, da diese Institute meist keine Ausbildungs-, sondern reine Ausbeutungsinstitute sind, in denen, wie das Beispiel Fischers zeigt, die Lehrlinge in der unwürdigsten Weise behandelt werden.

Oberschlesischer Tag im Kaffeehausgewerbe. Der Verband der Kaffeehausbesitzer Deutschlands wird am Sonnabend, dem 3. September, im gesamten deutschen Kaffeehausgewerbe einen allgemeinen Opfertag für Oberschlesien veranstalten. Die Spende soll in der Weise zusammengebracht werden, daß an diesem Tage in allen Kaffeehäusern Deutschlands ein Ausschlag von 10 Prozent auf alle Speisen und Getränke erhoben wird. Daneben ist jeder Kaffeehausbesitzer verpflichtet, den gesamten Tageslohn aus eigenen Mitteln weitere 5 Prozent beizutragen. Es wird mit Sicherheit erwartet, daß auch die nicht organisierten Kaffeehausbesitzer sich dem Vorhaben des Verbandes anschließen werden. — In Leipzig werden an diesem Tage in den Kaffeehäusern im Innern der Stadt eine große Anzahl von Künstlern und Künstlerinnen der städtischen Theater und des Schauspielhauses musikalische und rezitatorische Vorträge darbieten. Eintrittsgeldern werden trotzdem nicht erhoben. Auch haben sich Künstler der hiesigen Kabarett- und Varietés bereit erklärt, sich in derselben Weise in den Dienst der guten Sache zu stellen.

Anmeldung der Meßfremden. Alle Meßfremden, gleichviel ob sie in einem Hotel, Gasthof, Fremdenheim oder in einer Privatwohnung übernachten, sind polizeilich anzumelden. Zur polizeilichen Meldung ist der Meßfremdenzettel zu verwenden, der kostenlos im Fremdenbureau des Polizeiamts und in den Bezirksmeldestellen ausgegeben wird. Während zu der polizeilichen Anmeldung der in Hotels, Gasthäusern oder Fremdenheimen über Nacht bleibenden Fremden die Inhaber verpflichtet sind, liegt die Meldepflicht der Meßfremden, die in Privathäusern wohnen, den Wohnungsgewerbern ob. Die Meßfremden sind aber ebenso wie diese verpflichtet, den ihnen bei der Ankunft von den Wohnungsgewerbern vorgelegten Fremdenzettel genau, vollständig und leserlich auszufüllen. Die Anmeldungen sind spätestens binnen 24 Stunden nach der Ankunft des Fremden, ordnungsgemäß ausgefüllt, während der Geschäftszeit in der Meldestelle des zuständigen Polizeibezirks oder im Fremdenbureau des Polizeiamts und außerhalb der Geschäftszeit in der zuständigen Polizeiwache abzugeben.

Die die Messe besuchenden Ausländer sind von dem Vermieter binnen 24 Stunden anzumelden. Von der persönlichen Meldepflicht und Vorlegung des Reisepasses sind die Ausländer auf Grund der Verordnung des Ministeriums des Innern in Dresden vom 6. August 1921 für die Zeit vom 27. August bis zum 4. September 1921 befreit worden.

Wer die polizeiliche Meldung unterläßt, oder die Meldung verspätet abgibt, macht sich strafbar.

Autobusverkehr nach dem Flugplatz Modau. Während der Messe verkehren Kraftomnibusse zwischen der inneren Stadt und dem Flugplatz Modau; sie fahren vom Rathaus zu folgenden Zeiten ab: 7 Uhr 40 Min., 9 Uhr 10 Min., 12 Uhr 10 Min., 1 Uhr 30 Min., 3 Uhr 40 Min., 4 Uhr 35 Min., 5 Uhr 15 Min., halten beim Norddeutschen Lloyd am Augustusplatz sowie am Hauptbahnhof und kehren dann vom Flugplatz wieder zum Rathaus zurück. Der Fahrpreis für die einzelne Fahrt wird voraussichtlich 15 M. betragen. Die Fahrzeiten sind so gelegt, daß sämtliche von Leipzig abfahrenden Flugzeuge sowie auch die hier landenden bedient werden können. Die letzte Fahrt (5 Uhr 15 Min. abends) ist lediglich für Rundflüge vorgesehen.

Autobusverkehr zur Großen Meßhalle, Gohliser Straße. Um der Einfärschaft das Erreichen der Großen Meßhalle, Gohliser Straße, zu erleichtern, hat das Rathaus eine neue Kraftomnibuslinie vom Markt bis zu dieser Halle eingerichtet. Die Fahrt vom Markt (Nordseite) zur Gohliser Halle führt durch die Katharinen- und Nordstraße und ist für Inhaber des Meßabzeichens unentgeltlich. Bei der Rückfahrt halten die Wagen am Zoologischen Garten und an der Halle am Alten Theater.

Probefahrten mit Kraftfahrzeugen während der Messe. Nach der Bekanntmachung des Polizeiamts dürfen Probefahrten mit Kraftfahrzeugen innerhalb des Promenadenringes während der Messe, vom 28. August bis zum 3. September, nicht vorgenommen werden. Die zum Verkauf gestellten Kraftfahrzeuge dürfen nur mit Erlaubnis des Wohlfahrtspolizeiamtes an den ausdrücklich dazu genehmigten Orten aufgestellt werden. Kraftfahrzeuge, die als Verkaufsmuster vorgeführt werden sollen, sind auf den vom Meßamt zugewiesenen Plätzen auf dem Ausstellungsgelände, Reichenhainer Straße, aufzustellen.

Einschränkung des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen. Zur Entlastung des Verkehrs wird die Hospitalstraße und die Reichenhainer Straße vom Ostplatz bis zur Einmündung des Windmühlweges vom 24. August bis zum 3. September d. J. für allen durchgehenden Fahrverkehr mit Kraftfahrzeugen (Kraftwagen und Kraftfahrträder) mit Ausnahme von Lastkraftwagen von 7 Uhr morgens bis 9 Uhr abends gesperrt.

Meßmusterverkauf. Veranlaßt durch Beschwerden aus den Kreisen der Meßbesucher und der hiesigen Einzelhändler bestimmt der Rat, daß Meßmuster vom Ausstellungsräum aus nur an Wiederverkäufer veräußert werden dürfen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu sechs Wochen bestraft.

Flugpost. Das Reichspostministerium hat folgenden Flugplan der Strecke Berlin-Braunschweig-Magdeburg-Dortmund und Hamburg-Magdeburg-Leipzig-Dresden in beiden Richtungen um je drei Stunden verschoben. Die Flugzeuge starten 1,00 Uhr nachmittags ab Hamburg, sind 4,15 Uhr nachmittags in Leipzig, und 5,15 Uhr nachmittags in Dresden. Sie verlassen 12,00 Uhr mittags Dresden, sind 12,45 Uhr mittags in Leipzig, und 4,30 Uhr nachmittags in Hamburg. Ferner erfolgt der Abflug: 11,45 Uhr von Dortmund, Ankunft 3,00 Uhr nachmittags in Magdeburg (Kreuzung mit der Linie Hamburg-Leipzig), Ankunft 4,45 Uhr in Berlin. Rückflug von Berlin 1,15 Uhr, 2,15 Uhr an Magdeburg, wo Kreuzung mit Linie Hamburg-Leipzig, Ankunft 3,45 Uhr in Dortmund. — Es wird darauf hingewiesen, daß die Luftpostsendungen in beiden Richtungen nur dann den Empfängern noch am Flugtage mit Sicherheit erreichen, wenn Einbestellung verlangt wird. Die Vorauszahlung des Einbestellgeldes bei der Auflieferung ist in jedem Falle zweckmäßig.

Ausländer auf der Leipziger Herbstmesse. Die Beteiligung des Auslands wird erfreulich stark sein. Die Zahlen der ausländischen Besucher der letzten Herbstmesse sind zum Teil bereits wesentlich überschritten. Eine hohe Besucherzahl wird aus Dänemark gemeldet. Sonderzüge aus den verschiedenen Ländern führen die Besucher heran. Die Dänischen treten bedeutend stärker als sonst auf, besonders Letland. Der Balkan, hauptsächlich Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien, sendet jetzt nach Einbringung der Ernte eine große Anzahl Kaufleute zum Einkauf nach Leipzig. Ueberraschend wirken die hohen Anmeldeziffern aus Italien, Frankreich, Belgien und England, da gerade in diesen Ländern zur Zeit zum Teil eine besonders flauere Geschäftslage herrscht. Aus allen Heberstaaten, sowohl Amerika als auch Asien und Afrika, sind Käufer gemeldet.

Sozialistische Profetarierjugend L.-Ost. Freitag, 1/8 Uhr, alle Mitglieder beim Genossen Band zu einer Besprechung betreffs des Kautabends mündlich erscheinen.

Unrechtsarten-Inhaber. Die Vorstellung Doppelelbstmord von Angenbruber morgen Freitag im Alten Theater beginnt 1/8 Uhr. Aufgerufen ist der Bezirk Westen, Serie B Nr. 1-1000. Der Verkauf der übriggebliebenen Karten erfolgt morgen abend







Hundert Prozent.

Von Upton Sinclair.

38]

Copyright by Der Malik-Verlag Berlin-Hofensee 1921. Der Brief war an Nelsa Alderman adressiert und trug den Vermerk: „Privat.“ Peter las:

„Dies ist eine Botschaft von einem Freund. Die Roten halten einen Spion in ihrem Haus, der ihnen einen Plan des Hauses zeichnete. Die Polizei verbitzt vor Ihnen die Wahrheit, weil sie die Spur der Verbrecher nicht finden kann und ihre Unzulänglichkeit nicht eingestehen will. Ein Mann hat die ganze Verschwörung entdeckt, Sie müssen mit ihm zusammenkommen. Die Polizei wird dies zu verhindern trachten. Verlangen Sie dennoch, ihn zu sehen, aber erwähnen Sie diesen Brief nicht. Führt man Ihnen den falschen Mann vor, so werde ich Ihnen wieder schreiben. Wenn Sie diesen Brief geheimhalten, so bin ich bereit, Ihnen auch fürderhin beizustehen, sprechen Sie jedoch mit niemandem darüber, so kann ich Ihnen nicht helfen.“

„Wenn er diesen Brief erhält,“ meinte Nelsa, „wird er bestimmt handeln. Du mußt also wissen, wie du dich zu verhalten hast, davon hängt alles ab.“ Und Nelsa befehlte Peter, wie er sich zu benehmen habe, wenn er mit dem König von American-City zusammenkäme. Peter bewunderte ihre Klugheit, lernte geduldig und gehorjam seine Lektion, versprach feierlich, alles zu tun, was sie ihm sagte. Zum Lohn ernannte er Nelsa undehrte heim, um den Schlaf des Gerechten zu schlafen.

Am folgenden Morgen ging Peter an die Arbeit für Mc. Givney, damit dieser sich nicht über ihn beklagen könne. Er suchte Miriam Jantowitsch auf, und Miriam reichte ihm beide Hände, bewillkommnete ihn so herzlich, daß Peter wußte, er habe sein Verbrechen gegen die kleine Jennie gesühnt. Peter war wieder einmal ein Märtyrer. Er erzählte vom „dritten Grad“, und sie berichtete, daß das Wasser des umgestürzten Waschkessels durch die Decke gelutert und das Mittagessen eines armen Arbeiters verdorben habe.

„Und erlärte er von ihr die Ansicht der Roten über den Vorfall. Andrews, der Advokat, hatte verlangt, die Gefangenen besuchen zu dürfen, doch war ihm dies verweigert worden, ebenso wurde keine Kautionsangabe gemacht. Am vorhergehenden Abend hatte bei Andrews eine Versammlung stattgefunden, in der der Fall besprochen worden war. Alle J. W. bes. behaupteten, das ganze sei ein gemeines abgekartetes Spiel, die Zettel seien gefälscht, das Dynamit von der Polizei eingeschmuggelt. Das ganze sei bloß ein Worumgarnen, um das Hauptquartier der J. W. bes. zu schließen und etliche Sozialisten zu verhaften. Am ärgsten war natürlich die Propaganda; die Schauerreden, die in allen Zeitungen zu lesen waren. Habe Peter die Morgenausgabe der Times gesehen? Darin wurde der Mob aufgefordert, die Roten zu lynchen!“

L.

Nachdem Peter Miriam verlassen hatte, begab er sich nach Zimmer 427. Nelsa glaubte, Nelsa Alderman werde keine Zeit verlieren, und richtig, Peter fand auf dem Tisch einen für ihn bestimmten Zettel: „Warten Sie auf mich, ich muß mit Ihnen sprechen.“

Peter wartete; nach einiger Zeit erschien Mc. Givney und begann feierlich: „Peter Gudge, Sie wissen, daß ich Ihr Freund bin.“

„Freilich!“ „Ich habe immer zu Ihnen gehalten. Wäre ich nicht gewesen, Sie hätten heute noch im Loch, und man würde versuchen, Sie zu dem Geständnis zu zwingen, daß Sie die ganze Verschwörung erfunden haben. Das sollen Sie wissen, und Sie sollen auch wissen, daß ich zu Ihnen halten werde. Aber ich erwarte auch, daß Sie zu mir halten, ehrlich gegen mich sind.“

„Freilich,“ erwiderte Peter. „Was gibts?“ Mc. Givney erklärte, der alte Nelsa Alderman bilde sich ein, daß die Polizei etwas vor ihm verheimliche. Natürlich sei er tödlich erschrocken. Des Nachts schliche er sich in einen Schrank ein, und wenn seine Frau im Automobils ausfährt, müsse sie die Vorhänge herablassen. Jetzt beharrte er darauf, mit dem Mann zu reden, der die Verschwörung entdeckt hat. Mc. Givney schaute die Gefahr, Peter mit irgend jemandem bekannt werden zu lassen, doch war Nelsa Alderman ein Mensch, dessen Wunsch Gesetz ist. Schließlich war er Peters Arbeitgeber, hatte viel Geld für den Geheimdienst gespendet und weder Guffey noch die städtischen Autoritäten wagten es, ihm Sand in die Augen zu streuen.

„Das ist schon recht,“ meinte Peter. „Es wird mir nicht schaden, ihn zu sehen.“ „Er wird Sie austragen,“ sagte Mc. Givney. „Er will alles wissen. Sie müssen uns also beuten, erklären, wir hätten unser Möglichstes getan. Mühen uns in ein gutes Licht rücken.“

Peter versprach, dies zu tun, doch war Mc. Givney noch immer nicht zufrieden. Er schien furchtbar aufgeregt, hämmerte auf Peters Gehirne los, sprach von der Bedeutung der Solidarität, von Treue gegen die Gefährten. Es klang ganz, als ob die J. W. bes. untereinander redeten.

„Sie glauben vielleicht, hier sei eine Gelegenheit, über uns hinwegzuwinken, an die Spitze zu gelangen, aber vergessen Sie nicht, Peter Gudge, wir besitzen eine Maschine, und auf die Dauer steigt immer die Maschine. Wir haben mehr als einen, der uns Streiche spielen wollte, vernichtet. Der alte Nelsa wird Ihnen einen hohen Preis anbieten, nach kurzer Zeit jedoch wird er Ihrer überdrüssig werden. Dann müssen Sie zu uns zurückkehren, und bei Gott, ich warne Sie, wenn Sie sich schlecht gegen uns benehmen, wird Guffey Sie in kürzester Zeit wieder im Loch haben, und Sie werden auf einer Tragbahre herauskommen.“

Peter schwor abermals Treue, benützte gleich die Gelegenheit und fügte hinzu: „Finden Sie nicht, daß Herr Guffey etwas für mich tun sollte, weil ich die Verschwörung entdeckt habe?“

„Ja, das wäre bloß gerecht.“

Und dann begannen sie zu handeln. Peter wies auf die Gefahren hin, denen er sich ausgesetzt habe, und die Ehren, die andre einsehnen hätten. Guffey habe zwar in den Zeitungen keinen Ruhm erlangt, doch habe er sich bei seinen Arbeitgebern beliebt gemacht, könne dies in noch höherem Maße tun, wenn Peter beim König von American-City für ihn eintrete. Peter meinte, dies müßte tausend Dollars wert sein, er brauche aber das Geld sofort, noch bevor er mit dem König zusammenkomme. Mc. Givney runzelte zornig die Stirne. „Hören Sie, Gudge, haben Sie wirklich die Frechheit, für Ihr abgekartetes Spiel Geld zu verlangen?“

Mc. Givney behandelte Peter meist als einen Flegling, einen schwächlichen Bluffer, doch hatte er bereits erkannt, es gebe Zeiten, da der kleine Mann gleichsam seine Natur ändere; dies war meist der Fall, wenn es sich um Geld handelte. Um dieses handelte er sich auch jetzt, und Peter gab Mc. Givneys wütenden Blick unerschrocken zurück: „Wenn Ihnen mein abgekartetes Spiel mißfällt, brauchen Sie es ja bloß in die Tonne zu bringen.“

Peter war wieder eine Bulldogge, hatte sich in die Nase der andern Bulldogge verfrachten. Er hatte schon häufig gesehen, wie der rattengehaltige Mann Geld aus der Tasche zog und wußte genau, auch diesmal sei Mc. Givney nicht unvorbereitet hergekommen. Er beharrte daher auf seiner Forderung: tausend Dollars oder nichts. Und wie das erstmal frampste sich ihm das Herz zusammen, da Mc. Givney das Geld hervorzog, und Peter sah, er habe weit mehr mitgebracht.

Doch tröstete sich Peter mit dem Gedanken, daß tausend Dollars eine ganz hübsche Summe seien und strebte frühlichen Mutes Nelsa Aldermans Haus zu. Er beschloß, Nelsa nichts von diesen extra tausend mitzuteilen; wenn die Frauen entdecken, daß man Geld hat, so ruhen und raufen sie nicht, ehe sie jeden Cent davon erhalten, oder einen zumindest veranlaßt haben, das ganze auszugeben.

(Fortsetzung folgt.)

Bananen in Blüte.

Im Terrarium des Leipziger Zoologischen Gartens, und zwar am Becken der Krokodile und der Victoria regia, finden sich in mächtigen Stauden mit spärlich zerstückelten Blättern die Vertreter mehrerer Spielarten der Banane, jenes tropischen Riesentrautes. Einige Exemplare sind baumartig in die Höhe geschossen und vom Terrariumdach gehindert, ihre stattliche Krone ganz zu entfalten. Bei den zwei rechts am Krokodilteich stehenden Pflanzen war schon vor mehreren Wochen die stolze Anschwellung der noch eingerollten grünen Blattscheibe aufgefallen. Jetzt hat sich aus der Blätterhülle ein mächtiger, nach aufrechtstehender Blütenstange hervorgehoben, ein ährenartiger Kolben, der bei manchen Arten über zwei Meter lang werden kann. Die Spindel dieses großen Blütenstandes ist genau so ein Strunk, wie man ihn früher in den Grünwarenläden ausgestellt sah, wenn auch zur Zeit noch kleiner. Freilich waren die Fruchttrauben in den Schaufenstern gewöhnlich anders aufgehängt als an der Pflanze. Während dort die einzelnen Bananenfrüchte gewöhnlich abwärts gerichtet sind, stehen sie an den Fruchtstängeln der Waja aufrecht, wie dicht beieinanderstehende Tannenzapfen; später kehren sie sich mit ihren Enden dem Stiel entgegen.

Wie das vor sich geht, ist im Zoo recht hübsch zu sehen. Jede Blütenstange (aus einer mitunter vierzig Bananen werden) ist von einem Deckblatt verhüllt. Dieses erscheint in einem leicht behauchten Karminrot. Usmählich löst es sich mit der Spitze von seinem verborgenen Schaß und rollt sich nach hinten auf. In diesem Augenblick werden soviel gelbe Blütenköpfe sichtbar, als eben ein solch postkartentragender Vorsprung der Blütenstange später Früchte trägt. Aus dem goldenen Kronblattkreis ragt ein Stempel mit flechtiger sechsblättriger Narbe. Zerquetscht man die Blüte, so entdeckt man an den Kronblattwänden sechs Staubgefäße. Diese ganze Blüte sitzt auf dem Fruchtknoten, der also unterständig ist. Und aus diesen noch grünen Fruchtknoten wiederum wird nichts anderes — als unsere Banane. Die auf der jungen Banane sitzende Blüte schrumpft natürlich zusammen. Wer aber in den Grünwarenläden die Bananen aufmerksam betrachtet, erkennt an deren unteren Enden häufig noch ein paar vertrocknete, fadenartige Anhängsel; die Reste der einstmaligen Blüte. — Wehnt sie, doch viel größere dürrer Schwänzchen findet man übrigens an den bis über fünf Meter lang werdenden Blättern der Bananenpflanze. — Die roten Deckblätter des Blütenstandes fallen später ab; und so entsteht ein Gebilde, wie es der Fruchtstängel der baumartigen Waja im Zoo zeigt: ein fast arnstarker Zweig mit spiralförmig angeordneten Fruchttrauben. Ueber diese hinaus verlängert sich aber der Strunk, um in einer roten Knospe zu enden. Diese rote Spitze wird natürlich von den bekannten Deckblättern gebildet, die nochmals Blüten, freilich meist unfruchtbare Blüten einschließen. Beim Abnehmen der Früchte wird das letztgenannte Blütenende abgeschnitten, und so gelangen die Fruchtstängel in den Handel.

Wie wir sagten, sind die essbaren Bananen weiter nichts als die entwickelten Fruchtstängel. Darin gleichen sie zum Beispiel unsern Äpfeln. Bei diesen beginnt das Gewebe des Fruchtknotens — das ist das Knötchen unter der Blütenkrone — zu wuchern und überwächst in dicker Schicht die Samendener, die bekanntlich im Gehäuse (dem „Kriech“) stecken. So entsteht das essbare Fleisch des Apfels, so auch das Fruchtfleisch der Banane. Doch halt — wo hat denn die Banane ihre Samendener? Sie hat keine. Und warum nicht? Der Mensch hat sie ihr genommen. Seit Jahrtausenden wird die Banane kultiviert, das heißt sie wird durch ihre Schöpferlinge auf möglichst gutem Nährboden fortgepflanzt. Und diese Züchtungsart hat — übrigens auch bei andern Pflanzen — zur Rückbildung der Samen geführt; nicht zum Nachteil der Züchter. Denn der Raum, den die Samen einnehmen würden, wird nun von genießbarem Fruchtfleisch erfüllt.

Zimmerhin wäre es auffällig, wenn hier ein so wesentliches Fortpflanzungsmittel, wie Samen es sind, restlos aus der Bananenfrucht verschwunden sein sollte. In Wirklichkeit ist das doch gar nicht der Fall. Denn eine Banane der Länge nach durchschnitten, entdeckt eine ganze Reihe winziger brauner Körnchen; und das sind die Ueberreste der fehlgeschlagenen Samenanlagen. Schneidet man die gewöhnlich dreikantige, nurnähele Frucht aber quer, so erkennt man im Fruchtfleisch eine regelmäßige Figur: ein Dreieck. Das sind die drei Nächer des Fruchtknotens, worin bei wilden Bananen die wohl ausgebildeten Samen sitzen. Die Verhältnisse liegen also ganz ähnlich wie bei der Gurke. Mit der Gurke hat die Kulturbanane auch jene höchst merkwürdigen Eigenschaften gemein, die ihren Mangel entwicklungsfähiger Samen erklärt: sie ist meist parthenokarp (jungferfrüchtig). Was heißt das? In der Regel entwickeln sich pflanzliche Samenten (Embryonen) erst nach Befruchtung einer Eizelle. Bei höheren Pflanzen wird bekanntlich die Befruchtung dadurch bewerkstelligt, daß ein auf die Narbe gefallenes Pollenkorn einen Schlauch zur Samenanlage schiebt, der die männliche Zelle zur weiblichen bringt. Mit dem ersten Wachstum des Embryos (innerhalb des aus der Mutterpflanze stehenden Samenkorns) wird aber auch der ganze Fruchtknoten zur Verwesung seines Gewebes veranlaßt, so wie wir es eben vom Apfel schilderten. Bleibt nun die Befruchtung aus, so treten auch all diese Entwicklungsvorgänge nicht ein. Samenanlage und Fruchtknoten verkümmern dann fast immer und fallen ab. Doch sind einige Ausnahmen unter den Kulturpflanzen bekannt geworden; eben die Entwicklung der Bananenfrucht. Auch den in der Bäckerei häufig verwendeten Sultanarosinen fehlen mit den Kernen natürlich auch die Embryonen. Sie erzeugen also keine Samenten; und dennoch stellen sie wohlentwickelte Fruchtkörper dar. Vermutlich spielt aber in diesen Fällen die Befruchtung doch insofern eine Rolle, als die auf den Stempel gefallenen Pollenkörner oder sogar eine vorläufige Befruchtung des weiblichen Geschlechtsapparates als Reiz auf die Fruchthülle wirkt, der auch dann noch fortwirkt, wenn die Samen sich nicht weiter entwickeln. Kommt es doch sogar vor, daß eine Fruchtbildung ohne jede Beeinflussung durch die Befruchtung eintritt, so bei der Feige. Diese „tauben Früchte“ sind also parthenokarp. Darüber, wie die Befruchtung bei den Bananen erfolgen soll, sind verschiedene Meinungen laut geworden. In manchen Gegenden hat man die Honigbiene, in andern die Insekten dafür verantwortlich gemacht. Tatsächlich löndert der obere Teil des Fruchtknotens (aus Septandrien) einen Honigsaft ab, der sich in der Blüte sammelt. Wenn man freilich hier im Zoo steht, wie weit die Fruchtknoten bereits entwickelt sind, bevor sich das Deckblatt abhebt, dann kann man sich eine derartige Fremdbestäubung nicht gut vorstellen.

Kleine Chronik.

Der Schulausschuss auf der Tonfcherbe. Wohl ist uns der „Ostrakismus“ von der Schule her als ein Abstimmungsverfahren bekannt, durch das das athenische Volk mißliebige gewordene Mitbürger verbannen konnte. Die politische Sonderheit dieser Einrichtung hat das Interesse der meisten vielleicht zu sehr in Anspruch genommen, als daß sie der Herkunft des Namens lange nachgesonnen hätten. Und wenn ihnen auch bekannt war, daß „Ostrakon“ eine beschriebene Tonfcherbe bedeutet, haben sie wohl kaum darüber nachgedacht, ob eine solche Verwendung von Tonfcherben im Altertum etwa alltäglicher Brauch war. Darüber macht jetzt anlässlich der Beschreibung eines solchen Ostrakon aus der Berliner Papyrusammlung Ernst Kühn im neuesten Heft der (bei G. Grote, Berlin, erscheinenden) Beiträge aus den preussischen Kunstsammlungen nähere Mitteilungen. Danach schied es nicht an literarischen Nachrichten aus dem Altertum, die von der Verwendung der Tonfcherben zum Schreiben bezogen. Von dem großen Umfang dieses Gebrauchs haben jedoch erst die unzähligen Ostrakonfunde der jüngsten Vergangenheit in Ägypten den rechten Begriff gegeben. Die klimatische Trockenheit des Landes ist eben auch hier, wie beim Papyrus, wenn auch nicht im gleichen Maße, Voraussetzung für die Erhaltung gewesen. Die Tonfcherbe trat an die Stelle des Papyrus, wo man billigen Schreibmaterials bedurfte. Sie wurde also vor allem da gebraucht, wo es auf Eleganz der äußeren Form nicht ankam, also für allerlei Beurkundungen späterer Behörden, besonders für Steuerquittungen, und dann für alle möglichen privaten Aufzeichnungen. Dazu gehört denn auch vor allem der Bedarf der Schule. Und wenn die abwaschbare Holztafel und die Wachstafel immer wieder zu benutzen waren, und daher unserer Schiefertafel entsprechen, so vertritt das Ostrakon die Stelle des Schulhefts, und zwar wegen der Verlöslichkeit des Materials. Die Tonfcherbe, die in dem angezogenen Artikel beschrieben wird, und deutschen Ausgrabungen im ägyptischen Fayum entstammt, ist, da nur schwach gewölbt, die Scherbe eines großen Kruges aus hellrotem, gebranntem Ton und trägt auf der Innenseite 23 Zeilen griechischer Schrift. Den Inhalt bildet eine kleine Abhandlung über die Ehrfurcht, die Kinder ihren Eltern schulden, und da die Scherbe in Farbe und Größe, wie auch in der Schrift vollkommen Uebereinstimmung mit einer andern von Wilamowitz beschriebenen Berliner Scherbe, die kalligraphische Schülerübungen enthalten dürfte, zeigt, so darf man wohl auch das hier besprochene Stück als eine Schülerübung, in diesem Fall wohl als einen Aufsatz, ansehen. Ueber den Schulbetrieb im ptolemäisch-römischen Ägypten, wo es einen staatlichen Schulzwang nicht gab, und wo der Unterricht Hauslehrern und Privatlehrern überlassen blieb, wissen wir so viel, daß der praktische Gang der Schulbildung den von Theoretikern wie Quintilian aufgestellten Grundrissen entsprechend vom ersten Unterricht im Lesen und Schreiben sowie von orthographischen Übungen zu grammatischen und stilistischen Übungen führte. Während den Unterricht auf der Unterstufe der Grammatiker erteilte, sollte auf der höheren Stufe der Rektor lehren; aber in der Praxis war die Grenze nicht scharf gezogen. Diese höhere Stufe bestand zunächst neben der Klassikerlektüre in stilistischer Schulung durch schriftlichen Gebrauch der Sprache. Dazu diente auch die Abfassung von Schulaufsätzen, die, wie in dem vorliegenden Fall, natürlich gern erzieherische Stoffe behandelten. Uebrigens deutet ein offener Hörscher des Textes darauf, daß es sich hier um ein Diktat handeln mag.

Städtische Theater. Sonnabend, den 27. August, geht im Alten Theater Jhens Bar, neuerer Sokrater nach einer Pause von 29 Jahren neu einundert in Szene. Die Titelrolle spielt Lothar Körner, Hilde Wangel; Margarete Anton, Frau Soline; Lily Hess; Dr. Herdal; Wilhelm Walter, Brovill; Alfred Schlageter, Rapnar; Eugen Aberer, Raja Koffi; Maria Gard. Inszenierung: Karl Huth. — Wegen Erkrankung von Ernst Poffony gelangt am Donnerstag, dem 25. August, anstatt Der Barbier von Sevilja Jar und Zimmermann zur Ausführung.

Für die Theaterveranstaltungen während der Wehwochen, nachdem der Vorverkauf für diese Veranstaltungen abgeschlossen ist, eine Anzahl von Plätzen noch an den einzelnen Theaterabenden abgegeben werden. Auch für das Gewandhauskonzert am Sonntag, dem 28. d. M., 11 Uhr vormittags, bei dem Herr Wilhelm Furtwängler, Dirigent der Sinfonieorchester der Stadtkapelle in Berlin sowie der Musikvereinskonzerte in Frankfurt am Main erstmalig in Leipzig aufzutreten wird, sind noch Karten zu haben; diese werden bei der Theaterkasse des Meßamts, Katharinenstraße 1, Erdgeschoss, abgegeben. Zur Ausführung gelangen u. a.: Weber, Ouvertüre zum „Oberon“; Strauß, Don Juan; Wagner, Ouvertüre zum „Nienburger Holländer“ und zwei Klavierkonzerte von Herrn Professor Telmaque Lambrino-Leipzig.

Eingelaufene Schriften.

Hermann Muckermann, S. J.: Neues Leben I. Der Urgrund unserer Lebensanschauung. Verlag Herder u. Co., G. m. b. H., Freiburg im Breisgau. Preis 7.50 M., geb. 12.50 M.

Rundschreiben unseres Heiligsten Vaters Leg. XIII. über die Arbeiterfrage. Lateinischer und deutscher Text. Verlag Herder u. Co., G. m. b. H., Freiburg im Breisgau. Preis 6.50 M.

Prof. Sidmanns Geographisch-Statistischer Universalatlas 1921. Druck und Verlag Kartographische Anstalt G. Freytag u. Berndt, G. m. b. H., Wien VII, Schottenfeldgasse 62. Preis geb. 40 M.

Dr. Heinz Potthoff, Arbeitsrecht. Zeitschrift für das gesamte Dienstrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Sonderheft für Rätefragen. Verlag J. Heck, Stuttgart, Büchsenstraße 8.

Heinrich Ströbel, Die Sozialisierung, ihre Wege und Voraussetzungen. Herausgegeben von Aufsbau und Werben, Gesellschaft für praktische Volksaufklärung. Verlag Der Fien, Berlin W. 35. Preis geb. 20 M.

Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des ersten Kongresses, Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum zweiten Kongress. Verlag der Kommunistischen Internationale, Auslieferung: Karl Hoym Nachf., Louis Cahnbly, Hamburg 11. Preis 10 M.

D. W. Kuusinen, Die Revolution in Finnland. Verlag der Kommunistischen Internationale, Auslieferung: Karl Hoym Nachf., Louis Cahnbly, Hamburg 11. Preis 2 M.

M. P. Kijulin, Die Organisation der Volkswirtschaft in Sowjetrußland. Verlag der Kommunistischen Internationale, Auslieferung: Karl Hoym Nachf., Louis Cahnbly, Hamburg 11. Preis 1.50 M.

R. L. Lenin, Die Agrarfrage in Rußland am Ende des 19. Jahrhunderts. Verlag A. Seehof u. Co., Berlin C. 54. Preis 7 M., geb. 11 M.

M. P. Kijulin, Die Organisation der Volkswirtschaft in Sowjetrußland. Verlag A. Seehof u. Co., Berlin C. 54. Preis 3.50 M.







Der Parteitag der Kommunisten.

(Dritter Tag. — Vormittagssitzung.)

E. W. Jena, 24. August.

Dieser Parteitag steht im Zeichen des Verkehrs, des Brieflichen und teils des freundschaftlichen. Es schreiben Briefe: die Exekutive der K. P. an die Exekutive der K. P., Lenin an die deutschen Kommunisten, Nadel an den Parteitag. In diesen Briefen und außerdem haben aufeinander los; die Exekutive auf den rechten Flügel, auf den linken Flügel und auf das Zentrum der K. P.; Lenin auf Nadel, auf Paul Levi, auf Maslow; Nadel auf den rechten Flügel, auf den linken Flügel und auf die „Esel“ in der Mitte; der linke Flügel auf das Zentrum und auf den rechten Flügel; das Zentrum auf den linken Flügel und auf den rechten Flügel. Nur der rechte Flügel vertritt das Prinzip vom lebenden Gehorsam des Christenmenschen.

Also charakterisiert Paul Levi in einem an die Delegierten verteilten Flugblatt das Lohwabohu, das diesen Parteitag beherrscht und dessen hundertfältige Zweispaltigkeit in jeder Rede aufs neue bekräftigt wird. Wohl noch nie hat es einen Parteitag solcher Konfusion wie den gegenwärtigen in Jena gegeben. Wohl noch nie hat ein Parteitag eine solche fast unüberschaubare Fülle von Gegensätzen zutage gefördert als dieser Kommunistenkongress. Nur ein Narr kann glauben, daß diese in Resolutionen zu glätten seien.

Dafür gab auch die gleich zu Beginn der heutigen Tagung gehaltene Rede von Maslow eine neue Bestätigung. Er nannte die von Trotski aufgestellten Sätze Trivialitäten, und versuchte überdies an Hand von Zitaten nachzuweisen, daß auch Klara Zetkin und Mahjan früher die Offensivtheorie vertreten hätten. Ebenso sei auch Thalheimers Stellung eine wechselnde gewesen. Auch Urban-Hamburg betont, daß keineswegs Einmütigkeit in der Partei bestehe. Es müsse zurückgewiesen werden, daß man von außen auf Grund falscher Berichte in die Diskussionen in der Partei eingreife.

Hedeker versucht im Schlusswort die offen in der Diskussion aufgetretene Ablehnung der Thesen von Trotski zu verwischen und es lo hinzustellen, als hätten sich die Redner mehr gegen die von Trotski an der Märzaktion geübten Kritik als gegen dessen Thesen wenden wollen. Die Thesen von Moskau enthielten eine Fülle von Gedanken. Mit ihnen verglichen, sei der rechtssozialistische Programmentwurf ein Fieberwisch.

Maner will in der Diskussion einen Fortschritt erblicken. Bei Klara Zetkin vermischt er die klare Stellungnahme zu den jetzt von Levi vertretenen Auffassungen. Die Partei müsse jetzt über alles hinweg auf die dem Proletariat drohenden Kämpfe sehen. Das bedinge die Zusammenfassung aller Kräfte.

In persönlichen Erklärungen bestreiten Klara Zetkin und Mahjan den von Maslow ihren früheren Äußerungen unterworfenen Sinn. Darauf verliert Friede die neue, von der Redaktionskommission vorgeschlagene Resolution, über die erst nach Vertiefung an die Delegierten abgestimmt werden soll. Sie lehnt sich in entscheidenden Stellen an die Resolution der radikalen Richtung und muß als ein Verlassen der Moskauer Beschlüsse gedeutet werden.

Nachdem noch ein Berliner Vertreter die von Moskau an der Berliner Organisation geübte Kritik in einer scharfen Erklärung zurückgewiesen hat, wird der Geschäftsbericht der Zentrale entgegengenommen. Berichterstatter ist Piet. Seine Behauptung, daß die Märzkämpfe die Partei innerlich gefestigt hätten, wird von mehreren Diskussionsrednern zurückgewiesen. Ein Delegierter wendet sich besonders gegen die „politischen Oberleitungen“, welche als Kontrollorgan der Mitglieder eingesetzt seien und überall „Richtungsirrtümern“ betrieben. Hedeker verteidigt diese und meint, daß die Gegner dieser Einrichtungen von politischen Erwägungen geleitet seien. Nach kurzem Schlusswort wird der Zentrale Entlastung erteilt.

Nachmittags-sitzung.

Zum 3. Tagesordnungspunkt: Die nächsten Aufgaben der Partei, spricht Stoedcker. Er versucht in dreier Rede ein Bild der Weltwirtschaftslage zu zeichnen, stößt aber bei den Delegierten auf große Interesslosigkeit. Offenbar sind diese der Ansicht, dies alles viel besser bei dem Redakteur der Frankfurter Zeitung, Keller, bei dem ja Nadel — wie aus dem im Unser Weg veröffentlichten Briefe hervorgeht — das Material zu dem in Moskau zu haltenden Referat bestellt hat, besser nachzulesen. Im zweiten Teil seiner Rede verteidigt Stoedcker das von der Zentrale und in der kommunistischen Presse bereits veröffentlichte Stenerprogramm, das in seinen wertvollsten Sätzen nur ein Wackelstein vorläufig von untreue Partei erhoben, von den Kommunisten aber bisher bekämpften Forderungen ist. Die Aussprache hierüber wird vertagt und beschloffen, die Abstimmung über die nun vorliegende Resolution zum ersten Tagesordnungspunkt vorzunehmen.

Der neuen Vorlage, die eine Verfestigung der drei zurückgegangenen Resolutionen darstellt, widerspricht aber wenig Glück. Insbesondere stößt sie auf den Widerspruch der radikalen, von Hamburg geführten Gruppe. Deren Redner, Thalman, besteht insbesondere auf Beibehaltung des Satzes, der die von Trotski an der Märzaktion geübte Kritik auf das schärfste zurückweist. Dieser sei von der Redaktionskommission fallen zu lassen worden. Auch andere Sätze der Hamburger Resolution, die die Wege der nächsten Zeit klar vorzeichnen, seien fallen gelassen oder deren Deutlichkeit getrübt worden. Außerdem sei durch Umstellung mehrerer Sätze deren Sinn bewußt verschoben worden. Alle diese Veränderungen entsprächen nicht der von der Mehrheit des Kongresses geteilten Auffassung. Sie bedeuteten vielmehr ein Entgegenkommen gegenüber den opportunistischen Tendenzen in der Partei, das um so weniger gebilligt werden könne, als Däumig in Berlin, wie ein Telegramm meldet, die Spaltung vorbereite. Der Parteitag würde sich ein Armutsgewinn ausstellen, wenn er in seiner Resolution den Auffassungen einer kleinen Clique recht gäbe.

Da sich der Kongress um 6 Uhr vertagt, so wird der morgige Tag eine Fortsetzung der Resolutionsdebatte bringen.

Erste gewerkschaftliche Jugendkonferenz des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes.

k. Rassel, 20. August 1921.

Die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen behandelte Meißner-Berlin. Er betonte, daß es die Aufgabe der Gewerkschaften sei, die wirtschaftlichen Interessen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu wahren. Man zähle insgesamt in Deutschland circa 3,6 Millionen erwerbstätiger Jugendliche. Der Referent stellte weiter die schlechte Bezahlung der Lehrlinge in den handwerklichen Betrieben fest. Gemessen an der Vergütung, die die Lehrlinge vor dem Kriege bekommen hätten, betrage heute die Entlohnung nicht den Satz, welcher der Geldwertverwertung entspräche. Meißner wies noch auf die Notwendigkeit der Abänderung der Gewerbeordnung hin, die den Innungsmeistern einseitige Rechte verleihe zum Gunsten der Lehrlinge und Eltern. Hier sei unbedingt ein Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften erforderlich. Der gefestigte Jugendschutz müsse schnellstens geschaffen werden. Darüber hinaus sei es aber eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften, auf dem tariflichen Wege die Entlohnungen und Ferienfrage für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen und Lehrlinge zu regeln.

In der Debatte über diesen Tagesordnungspunkt wurde verlangt, daß die Ausbildung der Lehrlinge nur durch erstklassige Facharbeiter erfolge und daß auch in den Fach- und Fortbildungsschulen Facharbeiter lehren müßten. Die bayrischen Delegierten wiesen auf die Vorteile der Lehrwerkstätten hin, die zum Teil vom Staat und von Kommunen ins Leben gerufen worden seien. Die Umgestaltung der Gewerbeordnung wurde energisch gefordert. Der Vertreter des Hamburger Berufsberatungsamtes hält die Errichtung von Lehrwerkstätten für eine Illusion, denn dieselben würden sich niemals zum Zweck und Nutzen der Lehrlinge bewähren. Notwendig sei der Einfluß der Arbeitnehmerchaft auf die Lehrverträge, auf die Lehrstellenvermittlung und auf die Fach- und Fortbildungsschulen. Zu letzterem Referat und dem vorausgegangenen über Aufgaben und Wege der gewerkschaftlichen Jugendarbeit wurden Votivsätze im Sinne der Ausführungen der Referenten angenommen.

Zur Bildungsarbeit in den Gewerkschaften hielt Dr. Loewenberg-Berlin ein instruktives Referat. Er legte seinen Ausführungen die folgenden Richtlinien zu Grunde, die von der Konferenz einstimmig angenommen wurden: „Die Bildungsarbeit für die Jugend in den Gewerkschaften ist ein Teil der proletarischen Kulturarbeit. Sie bezweckt vor allem und zuerst die Heranbildung selbständiger, zielbewusster Menschen. Darum zieht sie alle Gebiete der Kultur in ihren Bereich und betrachtet sie vom allgemeinen sozialistischen — nicht parteipolitischen — Gesichtspunkte aus. Die besondere Aufgabe der besonderen Jugendbildungsarbeit ist es, die wirtschaftliche Grundlage des Sozialismus zu betonen und gewerkschaftliche Kämpfer heranzubilden. Da die berufliche Tüchtigkeit grundlegend für die Förderung der wirtschaftlichen Interessen des Proletariats ist, sollen die Gewerkschaften der Berufsbildung der Jugend große Beachtung schenken und ebenfalls auf die Ausgestaltung des beruflichen Unterrichts ihr Augenmerk richten. Zur Durchführung der genannten Aufgaben sollen alle Bildungsmittel, neben den bisherigen und auch Bildungsgemeinschaften, Lichtbilder und Filmporträts dienen. Bei der Erwerbung der gewerkschaftlichen Solidarität spielt die gegenseitige Erziehung der Jugendlichen eine wesentliche Rolle.“

Zu dem fünften Tagesordnungspunkt: Zentrales und lokales Zusammenarbeiten der gewerkschaftlichen Jugendzentralen und des Verhältnisses zur politischen Jugendbewegung

hielt Sassenbach das einleitende Referat. Hierzu wurde eine Entschließung angenommen, die im wesentlichen besagt: „Zur Erledigung gemeinsamer Aufgaben, die über den Rahmen einzelner Gewerkschaften hinausgehen, sind durch die Ortsauslässe des ADGB Jugendkommissionen zu bilden. Der ADGB wird ersucht, die bereits an einzelnen Orten vorhandenen Satzungen von Jugendkommissionen zu sammeln und Musterfassungen auszuarbeiten. Die Jugendlichen sind zu den Arbeiten der Jugendkommissionen in ausreichender Weise heranzuziehen. Zur wirksamen Förderung der gewerkschaftlichen Jugendarbeit ist die Schaffung entsprechender zentraler Einrichtungen in den einzelnen Gewerkschaften ein dringendes Erfordernis. Der ADGB wird ersucht, ein besonderes Jugendsekretariat einzurichten, das die gewerkschaftliche Jugendbewegung im Reich zu bearbeiten hat. Für die Funktionäre wird ein besonderes periodisch erscheinendes Mitteilungsblatt herausgegeben. Soweit Aufgaben in Frage kommen, die die gewerkschaftlichen und politischen Jugendorganisationen gemeinsam interessieren, ist es Aufgabe des Reichsausschusses der Arbeiterjugendorganisationen, vermittelnd und anregend zu wirken.“

Weiter wurde eine Grundfaherklärung von Siegel-Berlin angenommen, in der es heißt: 1. Die in der politischen Arbeiterbewegung bestehende politische Zersplitterung und die damit verbundene Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterklasse hat sich auch auf die Jugendbewegung übertragen. Bei einer organisatorischen Eingliederung der politischen Jugendorganisationen in die gewerkschaftlichen Jugendpartei besteht die Gefahr, daß die politischen Auseinandersetzungen auch in ihre Reihen hineingetragen werden. Im Interesse der gewerkschaftlichen Jugendbewegung liegt es aber, daß sie ihre Bestrebungen erfüllen, wenn solche Bestrebungen ferngehalten werden. 2. Die Vertretung wirtschaftlicher Interessen Jugendlicher liegt den politischen Jugendorganisationen nicht ob. Soweit sich die Tätigkeit der gewerkschaftlichen und politischen Jugendorganisationen bei der Wahrnehmung der geistigen Interessen der Jugendlichen berührt, ist ein Zusammenarbeiten zu empfehlen.“

Kerner wurde noch einstimmig beschloffen, daß vom Reichsausschuss der Arbeiterjugendorganisationen erwartet wird, daß er schnellstmöglich Vorschläge zur Fürsorge für die arbeitslose Jugend und zur Einführung der Schulentlassenen in das Wirtschaftsleben ausarbeitet. Ein Antrag der Genossin Scheibenhuber-Berlin fand ebenfalls einstimmige Annahme. In diesem wird gewünscht, daß der Reichsausschuss der Arbeiterjugendorganisationen die Forderungen zum Schutze der Jugend und auf die in der Hauswirtschaft Beschäftigten erstreckt, und in dem weiter ein ausdrückliches Verbot der Ausbildung von Lehrlingen durch Heimarbeit verlangt wird.

Auf Vorschlag Sassenbachs wählte die Konferenz eine Kommission, die dem ADGB in Vorschlag gebracht werden soll, um gemeinsam mit den Referenten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der Konferenz die Entschließungen zu einem einheitlichen Programm der gewerkschaftlichen Jugendarbeit zusammenzufassen. Diese Kommission soll auch Musterfassungen für die lokalen Jugendkommissionen ausarbeiten. Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt.

25. Deutscher Ortskrankenkassentag.

k. Hannover, den 23. August 1921.

Zu Beginn der heutigen Verhandlungen (8. Tag) wird mitgeteilt, daß 500 Kassen mit 6 1/2 Millionen Mitgliedern durch 184 Arbeitgeber, 365 Versicherte und 393 Angestellte vertreten sind, außerdem eine Anzahl Gäste.

Der wichtigste Verhandlungsgegenstand ist heute die Arznei- und Heilmittelversorgung der Kassen. Den einleitenden Vortrag hält Lehmann-Dresden. Alle Kassen klagen über gewaltig gestiegene Kosten der Arznei- und Heilmittel. Die Ursachen der Verteuerung liegen in den Kriegswirkungen. Alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Kosten zu vermindern, sind zu fördern. Vor allem ist dem ungerechtfertigten Ansteigen der Versicherten entgegenzutreten. Maßnahmen der Behörden gegen den Arzneiwucher haben sich als unwirksam erwiesen. Von 1914 zu 1920 sind die Ausgaben für Arzneien und Heilmittel der Krankenkassen von 3,80 Mark auf 23,03 je Mitglied gestiegen. Man hat viel von der Sozialisierung des Apothekerwesens gesprochen. Jetzt ist es recht still davon geworden. Man darf nicht warten, bis die Apothekenreform einmal kommt, sondern selbst schon Abwehrmittel ergreifen. Der Arzt hat eine große Machtbefugnis in der Verschreibung von Arzneimitteln. Er muß deshalb einer gewissen Kontrolle unterstellt werden. Damit sind auch schon manche Einsparnisse gemacht worden. Es gibt billige Heilmittel, welche die gleiche Wirkung haben wie teure. Der Apotheker ist Kleinhändler und er muß die Preise zahlen, die von der Preisconvention des Großhandels aufgestellt werden. Redner zeigt an einzelnen Beispielen, wie ganz gewöhnliche Verbandsmittel, mit denen die Apotheken gar keine Arbeit haben, mit Aufschlägen von 50 bis 100 Prozent verteuert werden. Redner legt eine Entschließung vor, nach der Selbsthilfe der Kassen durch eigenen Bezug der Heilmittel empfohlen und eine Reihe Maßnahmen von der Gesetzgebung gefordert werden. Der gesamte Verkehr der Apotheken-Handverkaufsartikel ist freizugeben. Apotheken sollen gemeinsam von Krankenkassen

und Gemeinden betrieben werden. Man stimmt der Entschließung einstimmig zu.

Es folgt eine Aenderung der Verbandsfassung. Als Mitgliedsbeitrag zum Hauptverband sind jährlich 7 Pfg. auf jedes Kassennmitglied zu zahlen. Von der Neuwahl des Verbandsvorstandes wird abgesehen, da die meisten Kassen noch nicht die Neuwahl der Kassenzentrale vorgenommen haben. Sie soll im nächsten Jahre nachgeholt werden. Als Orte für die nächstjährige Tagung werden Karlsruhe und München vorgeschlagen. Die Mehrheit der Verbandsmitglieder erklärte sich für Karlsruhe. Es soll indes der Hauptvorstand die endgültige Entscheidung treffen. Mit einer Schlussanrede des Verbandsvorsitzenden Frähdorf wird die Tagung beendet.

Gewerkschaftsbewegung.

Eisenbahnerversammlung in Leipzig.

Kommunistische Quertreibereien.

Ueber „Die wirtschaftliche Lage und unsere Ge-  
haltss- und Lohnbewegung“ sprach im überfüllten Saale des Volkshauses der 2. Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes Kollege Bernhardt, Berlin, vor den Mitgliedern der Ortsgruppe Groß-Leipzig. In ausführlicher Weise schilderte der Referent die Lohn- und Gehaltsbewegung vom Dezember-Januar 1920/21 und die jetzige Lohn- und Gehaltsbewegung der Eisenbahner. Die seit 1. Juli d. J. eingetretene ständige Preissteigerung aller Lebens- und sonstiger Bedarfsartikel gab dem Hauptvorstand Ursache genug, um sofort der Regierung die Forderung der Beamten und Arbeiter zu unterbreiten. Die einzige freie deutsche Eisenbahner-Organisation, der Deutsche Eisenbahner-Verband, war aus taktischen Gründen gezwungen, eine Einheitsfront aller Eisenbahner-Organisationen zu bilden, um so die gestellten Forderungen mit größter Machtfaktung erkämpfen zu können. Es ist dem Hauptvorstand gelungen, eine gewaltige Einheitsfront herzustellen, die sich aus dem Deutschen Eisenbahner-Verband, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter und dem Allgemeinen Eisenbahner-Verband zusammenschließt. Leider ist es bei dieser Besprechung in dieser widerwärtigen Frage nicht zu einer einzigen Einheitsfront gekommen, weil die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter erstlich einmal einen starken Berrat an der gesamten Eisenbahnerkraft fertig brachte, um durch widerwärtige Forderungen (8500 Mk.) für die vorstehende Beamtenratswahl Propaganda zu entfalten. Besonders hervorzuheben ist hierbei, daß diese auch-Gewerkschaft in zweifelhafte Verhandlung ihre Forderung auf 4200 Mk. herabsetzte.

Die einheitliche Forderung der oben angeführten Verbände sind für:

Gehaltsempfänger:

- 1. Sofortige Auszahlung der aus dem Bestand des Reichs ergebenden immer noch rückständigen Bezüge (Höchststufen, Besoldungsgehalt, Nachdienstzulagen usw.).
- 2. Herabsetzung der Teuerungszuschläge zum Grundgehalt und Ortszuschlag in den Ortsklassen B—E auf 70 Prozent.
- 3. Gewährung einer gleichmäßigen neuen Teuerungszulage von 3000 Mk. pro Jahr für alle Beamte, einschließlich der Diätäre und Pensionäre.
- 4. Erhöhung des Teuerungszuschlages zu den Kinderzulagen in den Ortsklassen B—E auf 150 Prozent.
- 5. Sofortige Einführung einer dauernden Personalvertretung im Reichsfinanzministerium.

Lohnempfänger:

- 1. Gewährung eines Ausgleichsabtrages zur Teuerungszulage in Ortsklasse B in Höhe von 10 Pfg. pro Stunde, in Ortsklasse C in Höhe von 20 Pfg. pro Stunde, in Ortsklasse D in Höhe von 30 Pfg. pro Stunde, in Ortsklasse E in Höhe von 40 Pfg. pro Stunde.
- 2. Gewährung einer allgemeinen Teuerungszulage in allen Ortsklassen in Höhe von 1,50 Mk. pro Stunde.
- 3. Erhöhung der Kinderzulage um 150 Prozent.
- 4. Für die weiblichen Bediensteten eine Zulage von 1.10 Mk bis 1.45 Mk. inkl. Ortsklassenausgleich.
- 5. Für Lehrlinge: im 4. Lehrjahr: Erhöhung des Stundenlohnes um 60 Pfg. für alle Ortsklassen, für Ortsklasse B 70 Pfg., im 3. Lehrjahr: Die gleichen Zulagen, im 2. Lehrjahr: Erhöhung des Stundenlohnes um 50 Pfg. für alle Ortsklassen, für Ortsklasse B 60 Pfg., im 1. Lehrjahr: Erhöhung des Stundenlohnes um 40 Pfg. für alle Ortsklassen, für Ortsklasse B 45 Pfg.
- 6. Bereitstellung entsprechender Reichsmittel zwecks Erhöhung der Bezüge der Renteneempfänger.

Einige kommunistische „Aushöhlungspraktiken“ versuchten wieder einmal, die Versammlung zu stören. Der Kommunist Wessel und seine kleine Anzahl auch-Kommunisten sprachen das Blaue vom Himmel herunter, doch keiner fand das Rezept, wonach es besser zu machen wäre. Ein gewisser Wollenburg gab sich besonders „radikal“ und führte die Versammlung durch unqualifizierbare Zwischenrufe. Dabei hat dieser Maulheld erst nach der Revolution, am 2. Dezember 1918, den Mut gefunden, sich der freien Gewerkschaft anzuschließen.

Ein ganz besonders starkes Stück Schmutzarbeit leistet der Note Kurier in seiner Nr. 154 vom 22. August 1921. Das „geistreiche“ Organ unserer noch „gestrichelten“ Kommunisten kommt zu dem verzerrten Eingeständnis, daß ihm der Verkauf der letzten Mitgliederversammlung des DGB, gar nicht gefalle habe. Man hatte sich allerdings die Sache ein klein wenig anders vorzustellen. Der „wahrheitsliebende“ Berichterstatter des Raten Kuriers hat an Verdrehungen und Entstellungen das menschennögliche geleistet. Zur Aufklärung mag gesagt sein, daß der Referent nicht ausgeführt hat, daß der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Dismann, am 20. Juni d. J. auf einer Wertkonferenz in Hamburg einem zwanzigprozentigen Lohnabbau zugestimmt habe, sondern daß diese Zustimmung auf Saarbrückener Gebiet zutrifft. Im übrigen müssen wir uns verlassen rüher auf die Verdrehungskunststücke des N. K. einzugehen. Aber die Frage möchten wir doch aufwerfen: Wie lange noch wird die übergroße Mehrheit der Kollegen sich diese Handlungsweise der auch-Kommunisten im DGB gefallen lassen? Endlich einmal heraus aus dem Turm, gebt ihnen Prosenhelden die verdiente Antwort, denn sie sind Schändlinge an der Arbeiterbewegung, leisten letzten Endes nur der Reaktion Vorlauf.

Tarifkampf der Holzarbeiter in Sachsen.

Die Ausperrung der Holzarbeiter in Sachsen beschloffen. Der Arbeitgeber-Verband für das sächsische Holzgewerbe teilt mit, daß seine Vertreter-Versammlung die Ausperrung ab 27. August 1921 im ganzen Vertragsgebiet beschloffen hat, wenn bis zu diesem Zeitpunkt die Arbeit in den Streikorten nicht aufgenommen ist. Weiter wird mitgeteilt, daß die Arbeitgeberkommission zu Verhandlungen bereit ist; vom Holzarbeiterverband ist daraufhin geantwortet, daß auch keine Verhandlungskommission jederzeit zu Verhandlungen bereit ist. Sollte sich inzwischen eine Verhandlungsmöglichkeit nicht ergeben, so wird das Holzgewerbe in Sachsen durch die Ausperrungsbefehle der Unternehmer schwerer Erschütterungen entgegengehen. In Betracht kommen etwa 30 000 Arbeiter. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Gau Dresden, Gau Leipzig.



